

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 265 · 23. JAHRGANG · AUSGABE 2/2017 VOM 31. JANUAR 2017 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Entwicklung von Wohnbauflächen**
Sanierungsbeirat nimmt Stellung

9 | **Entwicklungskonzept für touristische Wasserstraßen**
Visionen zum Finowkanal

14 | **45 Jahre Berufsverbote in der BRD**
Aufruf von 2002 noch immer aktuell

US-Panzer rollen durch Brandenburg

Das ist eine Top-Meldung, eine echte Titelzeile – oder nicht? In der Märkischen Oderzeitung konnte man sie am 23.12.2016 auf der Seite 12 finden – oder sollte man sie dort gar nicht finden? In Funk und Fernsehen jedenfalls wurde darüber eher sparsam berichtet. Warum wohl?

Mich hat das überrascht und beunruhigt zugleich. Seit dem 8. Januar rollen die Transporte durch unser Land und nur wenige scheinen das zu interessieren.

Wo waren und sind die Kriegs- und Atomkraftgegner, die seit Jahrzehnten Ostermärsche organisieren und bei jedem Castortransport Tausende, jedenfalls Hunderte mobilisieren? Daß sie jetzt nicht aktiv sind, das ist für mich doch etwas überraschend.

Daß kritische Reaktionen und gar Protestaufrufe aus den Reihen der beiden roten Parteien von den Lesern und Zuschauern mehrheitlich nicht wahrgenommen wurden, das war – medienseitig – wohl so gewollt und deshalb weitgehend wirkungslos. Große Parteien haben bessere Möglichkeiten und sie hätten sie in einer so wichtigen Sache besser nutzen sollen. Vielleicht ist mir ja das eine oder andere »Statement« von Repräsentanten der sogenannten Volksparteien entgangen, aber geschlossene Reihen von Friedenskräften, die es zweifellos in allen Parteien gibt, habe ich nicht wahrgenommen.

Ich gehöre einer Generation an, die nicht vergessen kann, wie es sich anhört, wenn amerikanische Bomberverbände im Anflug sind und wenn Luftminen und Phosphorbomben Tod und Verderben bringen. Das habe ich in Berlin erlebt. Ich weiß noch, wie es sich anhört, wenn sowjetische Raketenwerfer (die sogenannten Stalinorgeln) feuern und wie es aussieht, wenn russische Panzer in Berlins Straßen rollen. Das war 1945 und 1953.

Amerikanische Panzer in Polen, Litauen, Lettland und Estland – das ist Kanonenbootpolitik aus des deutschen Kaisers Zeiten, das ist Säbelrasseln in Reinkultur und wir sollten wissen, wohin das führt. Die »Krim« ist dafür kein guter und auch kein ausreichender Grund, eher eine Ausrede. Damit will ich Herrn Putin keineswegs

Welche Zukunft hat der Finowkanal?

Vor einem Jahr besuchte der Verein Unser Finowkanal e.V. die polnische Stadt Bydgoszcz (Bromberg), um an der Eröffnung der Ausstellung »Eine Geschichte. Zwei Kanäle. Eine Zukunft« am 5. Februar 2016 teilzunehmen. Bydgoszcz liegt an einem Kanal, dessen Geschichte ähnlich wie beim Finowkanal auf das 18. Jahrhundert zurückgeht. Gebaut wurde der Bromberger Kanal (Kanal Bydgoski) in den Jahren 1773 bis 1774, unmittelbar nach der preußischen Annexion Westpolens (1. Teilung Polens, 1772), um die Oder mit der Weichsel zu verbinden.

Ausstellungsort war der Kulturmaßkahn »Lemara« der Stadt Bydgoszcz. Die »Lemara« beherbergt ein Museum und zwei Veranstaltungsräume. Auf dem Foto ist der Bromberger Kanal mit dem Liegeplatz des Kulturmaßkahns »Lemara« zu sehen, daneben die beiden Solarfähren der Stadt. Finowkanal und Bromberger Kanal sind über das internationale Wasserwegenetz miteinander verbunden. Allerdings verläuft die internationale Wasserstraße E70 über den Oder-Havel-Kanal. Der Finowkanal wird also ausgelassen. Der Verein Unser Finowkanal e.V. bemüht sich, den Finowkanal in eine gemeinsame Vermarktung der E70 einzubeziehen. Fernziel ist die Anerkennung des Finowkanals als UNESCO-Weltkulturerbe.

(Seite 3 und 9)

in Schutz nehmen und sein Handeln auf der Krim und auch anderswo grundsätzlich gut heißen. Bevor die US-Amerikaner aber anderen Verfehlungen vorwerfen, sollten sie zunächst vor der eigenen Türe kehren. Da gäbe es genug wegzuräumen.

Im Landtag Brandenburg – so hoffe ich jedenfalls – gibt es in jeder Fraktion Abgeordnete, denen der Frieden eine Herzensangelegenheit ist. Es ist an der Zeit, daß sich jeder von ihnen zu Wort meldet, um die Friedensdefizite in den Köpfen der Bundesregierung deutlich sichtbar zu machen. Nach meinen Vorstellungen müßten alle Fraktionen des Landtags wie ein Mann aufstehen und fordern, daß »Host Nation Support« (Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte durch die Gastgeber) auch Grenzen hat, zumal wir Brandenburger ja gar keine »Gastgeber« sind.

Aber vielleicht sehe ich das ja ganz falsch. Vielleicht haben ja diejenigen recht, die seit Jahren darauf verweisen, daß die Deutschen – noch immer ohne Friedensvertrag (!) – doch nicht souverän darüber entscheiden können, wer sich auf ihren Straßen und Schienen tummelt? Vielleicht muß man uns ja nicht einmal fragen, geschweige denn mit uns verhandeln?

Vielleicht haben wir ja als Besiegte im zweiten Weltkrieg weder das Recht noch die Möglichkeit, uns gegen Truppentransporte der Siegermächte durch unser Land zu wehren?

Jedenfalls ist es wohl nicht zu viel verlangt, daß wir von unserer Landesregierung und unseren Landtagsabgeordneten Antworten auf unsere Fragen erhalten und daß es uns ernst ist mit dem Gelöbnis, daß von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgehen darf.

JOHANNES MADEJA



Die Lotto-Krankheit

Eigentlich sollte ich es besser wissen. Trotzdem habe ich es gemacht! Es ist Freitag, der 13. und mein Kalender zeigt mir an, daß »Lotto-Glückstag« sei. Lange ist es her seit dem letzten Loskauf, seliges Vergessen. Also tue ich den netten Lottodamen einen Gefallen und kaufe ein Los. Es ist ja nur ein Spiel!

Für Stunden wird der Schein vergessen, er liegt parat auf dem Küchenradio – für den nächsten Tag. Am Abend beginnen die Gedanken zu kreisen. Was ist, wenn man nun Glück hätte und würde 5 Mio gewinnen? Der Taschenrechner zeigt: Beim aktuellen Zinssatz von 0,35 % ergäbe das noch einen Ertrag von 1400 EUR – monatlich! Man denkt unwillkürlich an die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts, mit Zinsen bis zu 8 % bei Bundesschatzbriefen. Wieder der Taschenrechner: Das ergäbe im Jahr 380.000 EUR – nur Zinsen!

Da würde der Staat ganz schön absahnen an Kapitalertragssteuer, mit seinen 800 EUR Freibetrag käme man da nicht weit. Das heißt, clever anlegen, um Steuern zu sparen. Da gibt es ja viele Grauzonen, doch selber hat man null Ahnung. Mit Geld beginnen die Sorgen. Man bekommt eine Vorahnung von den Zwangsgedanken reicher Leute...

Und dann die Frage: Soll man nur von den Zinsen leben, oder doch Stück für Stück die Masse aufbrauchen? Bei o.g. Zinsen ist es müßig, darüber nachzudenken. So viel Geld kann kein Mensch ausgeben! Soll man nicht besser alles spenden, oder verteilen an die Verwandtschaft und die Freunde? Was wäre da gerecht und angemessen? Manche würden sich übergangen fühlen, andere würden gar nichts haben wollen ... Und dann das Gerede! Das wäre das Letzte, wenn die Nachbarn wüßten: Der hat im Lotto gewonnen! Man hätte nur noch Neider! Man müßte wegziehen ...

Langsam beginnt man zu wünschen, daß man doch ja nicht gewänne und spielt mit dem Gedanken, den Schein wegzwerfen. Die Gedanken kreisen nur noch ums Geld, man kommt von dem Thema gar nicht mehr los. Es ist eine Krankheit: Der Lotto-Wahn! So ein kleiner unschuldiger Zettel, mit ein paar unschuldigen Zahlen darauf. Aber der Zettel hat es in sich! Der Schein kann Leben zerstören, für diesen Schein würde jemand morden! Hat man je gehört, daß ein Lottogewinner sein folgendes Leben gemeistert hätte? Alle sind gescheitert, wurden großenwahnsinnig ...

So stolz ist man, daß man mit seinem bißchen Geld gut haushaltet und einigermassen über die Runden kommt. Und daß am Ende was fürs Begräbnis übrig ist. Damit die Erben nicht draufzahlen. Aber alles aus eigener Kraft! Das ist viel besser als zehntausende Euro Zinsen. Man braucht das nicht. Bloß weg mit dem Geld – es frißt die Seele auf! Lotto ist nur ein Spiel, man darf es nicht zu ernst nehmen. Am Ende des folgenden Tages bin ich erleichtert: Nur zwei Richtige – nochmal Schwein gehabt!

JÜRGEN GRAMZOW

»Grand mit Vieren« umgehängt

Portraits von CARSTEN ZINN im Eberswalder Rathaus müssen nach hinten

Eberswalde (bbp). »Wir sind alle über Vierzig« heißt die neue Ausstellung mit Fotos und Collagen der Hobbyfotografin Dr. Waltraud Voigt, die seit dem 23. Januar im Eberswalder Rathaus zu sehen ist. Die 14 Bilder zeigen Menschen, die in den Augen von Waltraud Voigt eine wichtige Bedeutung für die Stadt Eberswalde haben und eine Anerkennung ihrer Leistungen verdienen.

Das achte Bild mit der Kollage »Grand mit Vieren« ist inzwischen umgehängt worden, wie Besucher der Ausstellung vier Tage nach der Eröffnung berichteten. Das Bild hängt nicht mehr in der Mitte der Ausstellungsstücke, sondern wurde an den hinteren Rand plaziert.

Die vier darauf abgebildeten Buben zeigen jeweils das Portrait des Stadtverordneten Carsten Zinn. Dessen Fraktion hatte am 25. Januar eine Pressemitteilung zum Thema Finowkanal veröffentlicht, auf die Bürgermeister Friedhelm Boginski laut Presseberichten »außer sich vor Wüt« reagierte.

Brief an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Boginski, meine Anfrage zur Hängung der Fotocollage Carsten Zinn lautet: Haben Sie das Umhängen des Bildes veranlaßt?

Das wäre nicht nett von Ihnen, denn ich habe die Bilder im Gleichgewicht nach dem Feng-Shui-Prinzip aufgehängt, auf Oberkante und in Größen geordnet. Und die Abstände waren von Herrn Pein abgemessen. Auch ist das Bild von meinem Mann sehr labil und ich hoffe, es hängt bis Ende der Ausstellung.

Man kann Menschen nicht ausschalten, wenn sie einem nicht passen. Herr Zinn hat hinten die gleiche Bedeutung wie vorne. Ich bin absolut neutral gegenüber allen dargestellten Personen.

Eine gute Zeit für Sie!!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. WALTRAUD VOIGT

Landeshilfe für Bürgerstiftung

Eberswalde (prest-land/bbp). Für einen neuen Internetauftritt der BÜRGERSTIFTUNG BARNIM UCKERMARK sowie Informationsmaterialien zum Ehrenamt stellen Staatskanzlei, Bildungs- sowie Sozialministerium insgesamt knapp 10.000 Euro aus Lottomitteln zur Verfügung. Die gemeinnützige Stiftung wurde 2003 gegründet. Seit 2008 ist sie auch Trägerin der Freiwilligenagentur Eberswalde.

Ministerpräsident DIETMAR WOIDKE sagte zur Unterstützung: »Die Bürgerstiftung kümmert sich nicht nur um das Zusammenwachsen der beiden Kreise, sondern hat auch zahlreiche Initiativen in ganz verschiedenen Bereichen angestoßen. Sie ist ein kräftiger Motor in der Region und stärkt die Zivilgesellschaft vor Ort. Mit Projekten zur Einbindung von Geflüchteten oder zur Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen hat sich die Stiftung im Barnim und der Uckermark unentbehrlich gemacht.«

Bildungsminister GÜNTER BAASKE betonte: »Ehrenamtliches Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen und kann deshalb nicht hoch genug geschätzt werden. Besonders freut mich, daß

die Bürgerstiftung schon Kinder und Jugendliche dazu animiert, aktive und mündige Mitglieder unserer Gemeinschaft zu werden.«

Sozialministerin DIANA GOLZE hob hervor: »Es ist die große Bereitschaft, im Ehrenamt Verantwortung zu übernehmen und es sind tolle Projektideen, mit denen die Bürgerstiftung Barnim Uckermark seit Jahren auffällt. Da heißt es beispielsweise 'Kinder für Kinderrechte', es gibt die Initiative 'Lesezauber' mit ehrenamtlichen Lesepaten sowie die 'Gemeinsame Sache' mit Geflüchteten. Hier werden Patenschaften initiiert und vermittelt. Es ist beeindruckend, wie vielfältig ehrenamtliches Engagement ist, und wir können den ehrenamtlich Engagierten gar nicht genug dafür danken.«

Ein aktuelles Projekt ist die Kinder- und JugendUni 2017 vom 14. bis 18. März 2017. Die Vorlesungen der KinderUni vom 14. bis 16. März wenden sich an Schüler der 5. und 6. Klassen, während sich die JugendUni ab dem 17. März den Älteren (7.-10. Klasse) widmet.

Weitere Infos zur Bürgerstiftung im Internet: www.barnim-uckermark-stiftung.de.

2. Maikomitee-Treffen

Eberswalde (dgb). Das zweite Maikomitee-Treffen zur Vorbereitung der Veranstaltung am 1. Mai 2017 in Eberswalde findet am Dienstag, den 7. Februar, um 17 Uhr im Versammlungsraum des Gewerkschaftshauses in der Grabowstraße 49 in Eberswalde statt.

Die Veranstaltung ist für alle Organisationen, Parteien und Verbände offen, die sich am 1. Mai in Eberswalde organisatorisch, inhaltlich und finanziell beteiligen möchten.

Hinter die Kulissen blicken

Am Mittwoch, den 22. Februar, lädt die ROT-FUCHS-LESERGRUPPE EBERSWALDE um 17 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung in das Amadeu-Antonio-Haus in der Puschkinstraße 13 in Eberswalde ein.

Thema: »Die Entwicklung Rußlands und seine Rolle in der aktuellen Weltpolitik.«

Referent ist BRUNO MAHLOW.

ECKHARD LAURICH

Zieht Bürgermeister Boginski die Notbremse?

Ende der Verhandlungen zum Finowkanal

Eberswalde (bbp). In seltener Offenheit berichtete die Pressestelle der Stadtverwaltung Eberswalde in einer am 20. Januar verbreiteten Mitteilung über den Stand der Verhandlungen zum Finowkanal. Bereits in der Überschrift faßt Pressesprecherin NANCY KERSTEN die Ergebnisse zusammen. Demnach sind nach Auffassung von Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI die Verhandlungen zur Übernahme des Finowkanals in kommunale Trägerschaft gescheitert.

Am 18. Januar traf sich Boginski, von der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Finowkanal als Verhandlungsführer eingesetzt, mit der Landesregierung, vertreten durch KURT AUGUSTIN vom Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft, EGBERT NEUMANN vom Ministerium für Infrastruktur und Verkehr sowie GERHARD RINGMANN vom Ministerium für Wirtschaft und Energie. »In einer absolut offenen und konstruktiven Atmosphäre« erhielt Boginski von den drei ministeriellen Abteilungsleitern »klare und hilfreiche Aussagen« für das weitere Handeln.

Klartext hatte Kurt Augustin bereits Anfang des Jahres geredet. Er blicke »mit großer Überraschung auf die Verhandlungen der Kommunen mit dem Bund«, sagte der Abteilungsleiter damals. Er könne »nur hoffen, daß die Dollarzeichen in den Augen der Entscheider nicht zu groß sind, denn man muß wissen, was beispielsweise der Unterhalt der Schleusen kostet, auch wenn diese zuvor saniert wurden. Wir reden über höhere Millionen-Beträge. Und ich frage mich ernstlich, welche Einnahmen diesen Schritt rechtfertigen sollten.« (MOZ, 5.1.2017)

Am Abend nach den Potsdamer Gesprächen erklärte Bürgermeister Boginski als Gastredner beim Verein Unser Finowkanal, er finde es »grundsätzlich ... nicht in Ordnung, daß der Bund sich aus seiner Verpflichtung herausnimmt« (MOZ, 21./22.1.2017).

Prüfauftrag stornieren

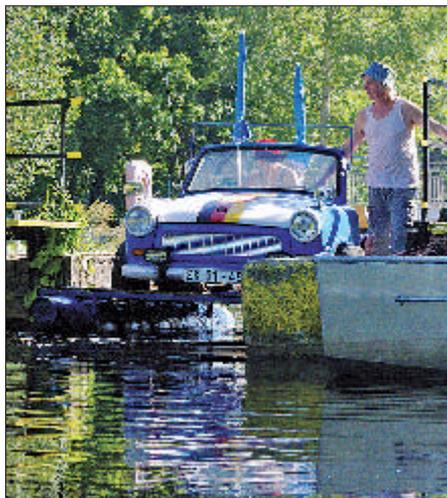
Die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE hat die Aussagen des Bürgermeisters aufgegriffen und fordert nun schnelle und konsequente Entscheidungen. In einer aktuellen Pressemitteilung erinnerte Fraktionschef CARSTEN ZINN daran, daß die Fraktion bereits vor einem Jahr »der Stadtverwaltung unsere Skepsis hinsichtlich einer Übernahme des Finowkanals in kommunale Trägerschaft« signalisiert habe. »Wir schrieben: 'Abgesehen von den finanziellen Risiken einer solchen Übernahme gehört das Betreiben einer Wasserstraße aus gutem Grund nicht zu den Aufgaben einer Kommune'. Wir bedauern sehr, daß entgegen unserer damaligen Warnungen 100.000 Euro aus dem städtischen Haushalt für einen von vornherein überflüssigen externen Prüfauftrag bereitgestellt wurden.«

Nun hat die Fraktion zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Beschlussvorschlag eingereicht, mittels dem der »Auftrag

zur juristischen und betriebswirtschaftlich organisatorischen Begleitung der Angebote des Bundes zur Eigentumsübertragung des Finowkanals bzw. der Schleusen« storniert wird. Alle Arbeiten für noch nicht realisierte Leistungen seitens des Auftragnehmers DR. HEILMAIER & COLLEGEN RECHTSANWALTSGESELLSCHAFT MBH sollen demnach eingestellt werden. Die Fraktion hofft, auf diese Weise »wenigstens einen Teil der unnützen Kosten zu vermeiden und die Chancen für eine Neuorientierung zu verbessern«.

Neuorientierung nötig

Eine solche Neuorientierung sei angesichts der neuen Situation notwendig. »Der Finowkanal und seine Schleusen«, heißt es weiter in der Pressemitteilung, »sind als kulturhistorisches Kleinod unserer Region unbedingt zu erhalten. Da ist dem Bürgermeister uneingeschränkt zuzustimmen.« Das sei eine nationale, wenn nicht europäische Aufgabe. Die Bemühungen um eine Anerkennung des Finowkanals als UNESCO-Welterbe, wie vom Verein Unser Finowkanal vorgeschlagen, zeigten da in die richtige Richtung.



Eine Tour auf dem Finowkanal ist auch mit dem »Trabbi« möglich.

»Der Finowkanal bleibt auch erhalten, wenn er nicht mehr durchgängig für Kajütmotorboote befahrbar ist. Der Treidelweg bleibt, die Befahrbarkeit für Wasserwanderer mit ihren Kanus, Kajaks und Falbooten bleibt, die Natur und nicht zuletzt die historische Industriekultur im Umfeld des Finowkanals bleiben uns erhalten.«

Konzentrieren wir uns auf das Machbare. Dann gibt es eine Zukunft für den Finowkanal, die vielleicht auch das Wünschenswerte möglich macht.

Wie unsere Fraktion schon vor einem Jahr feststellte, handelt es sich um Unterschied zur kommunalen Trägerschaft des Kanals bei der Förderung von Initiativen im Umfeld des Finowkanals durchaus um kommunale Aufgaben. Hier sollte sich, entsprechend ihren Möglichkeiten, auch die Stadt engagieren, statt einem unbezahlbaren Phantom hinterherzuzurrennen.«

Beipackzettel

»Finale Phase der Verhandlungen zum Finowkanal«, so lautet die Überschrift einer Pressemitteilung aus dem Eberswalder Rathaus. Mit dem Ausdruck »finale Phase« will der Autor zeigen, daß er einer gehobenen Ausdrucksweise mächtig ist und diplomatisch formulieren kann. Medizinische Kreise meinen mit »Finalphase« die Zeit vor dem Sterben und die Lateiner mit »finis« das Ende und oder den Schluß. Die Verhandlungen zum Finowkanal sind also beendet, denkt der aufmerksame Leser. Im dazugehörigen Text sucht er nach Ergebnissen der Verhandlungen und findet sie nicht. So höflich kann man also mitteilen, daß Verhandlungen zum Finowkanal ohne Ergebnisse beendet, also aus Sicht der Stadt Eberswalde gescheitert sind. MANOLO

Auf ein Wort

Da war der schulmeisterliche Bürgermeister von Eberswalde also bei meinen Ministeriellen. Gleich 3 Stück hat er erwischt. Hochachtung! Wenn ich das befehle, dann fehlt garantiert immer einer. Wegen der Seuche, wegen der Frau- en, wegen der Apanage... Kerls, diese...

Nun also ging es um den Finowkanal... Da ist den Herrschaften vor kurzem aufgefallen, daß bei einer Übernahme durch die Kommunen das Gewässer automatisch auch in die Zuständigkeit des Landes fällt. Warum dem Schulmeister, pardon, dem Bürgermeister das erst jetzt auffällt, ist mir ein Rätsel. Gibt es doch eine Reihe von gut gemachten Depeschen, die mir bereits seit Jahren bekannt sind und doch, bei vorhandener Lesekundigkeit, auch den Stadtvätern, allen voran dem Bürgermeister von Eberswalde, bekannt sein müßten.

Unser schönes Land Brandenburg ist also mit »im Boot«... In welchem? Hoffentlich nicht in der kürzlich verkauften »Anneliese«...

Wollte man nicht nur die Schleusen des Finowkanals übernehmen? Steht da die Frage des »Gewässers« überhaupt? Und was heißt »Präzedenzfall«? Sagte nicht erst vor wenigen Wochen ein Ministerieller deutlich, daß es KEINEN Beteiligungsfall des Landes geben wird? Die Kriegskassen sind leer, Bauruinen gibt es BEReits genug und für die angezapften Töpfe aus den Provinzen der Fürstentümer und Europas reicht es auch nicht ... Also was soll's... Da übt man sich in activisme, pardon, Aktionismus und weiß ganz genau, so wird es garantiert nichts... Nun, mir soll's egal sein, wie die Herren der Stadt Eberswalde die Bürger mensonge, (mir fällt das deutsche Wort nicht ein...) Hauptsache sie leisten weiter ihre Abgaben...

Noch eins von mir: Daß der Kaiserliche Bund bereit war, 75 Millionen Taler auszuspuken, um den Kanal den Bürgern zu geben, grenzt fast an Majestätsbeleidigung und Revolution. Wenn ich es mir aber so bedenke, wäre das noch die beste Variante gewesen...

FRIEDRICH

20 Millionen Euro weg?

Eberswalde (bbp). Am 15.12.2016 hat die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde den Haushaltsplan 2017/2018 beschlossen. Darin ist für den 1.1.2017 ein Kassenanfangsbestand von 30.853.249 € ausgewiesen. Im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen wurde am 1.12.2016 ein Papier vorgelegt, nach dem die Stadt per 30.11.2016 über einen Kassenbestand liquider Mittel von 50.730.820 € verfügt. Die Differenz beträgt etwa 20 Millionen €.

Vor diesem Hintergrund bat die Fraktion Alternatives Wählerbündnis zur Stadtverordnetenversammlung am 21. Februar um die Beantwortung folgender Fragen:

1. *War tatsächlich zu erwarten, daß innerhalb eines Monats ein Liquiditätsabfluß von etwa 20 Millionen € erfolgt (Differenz zwischen Kassen-Ist-Bestand am 30.11.2016 und Soll-Bestand am 01.01.2017)?*

2. *Wenn ja, warum wurden keine Maßnahmen zur Liquiditätssicherung und Haushaltskonsolidierung betrieben?*

3. *Wenn nein, warum wurde der Haushaltsplanentwurf 2017/18 vom Kämmerer vor der Abstimmung am 15.12.2016 nicht korrigiert? Wie ist es möglich, daß sich die Finanzverwaltung der Stadt Eberswalde beim Kassenbestand um 20 Millionen € verrechnet?*

4. *Warum hat die Finanzdezernentin im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen am 10.11.2016 von drohender Zahlungsunfähigkeit gesprochen? (Laut Niederschrift sagte sie, »daß die Liquidität im Jahr 2021 verbraucht sein wird, das heißt, würde die Stadt so weiter planen, würde sie 2021 bestehende Forderungen nicht begleichen können und es müßte sich die Frage gestellt werden, ob sich die Stadt wieder fremdkapitalisieren muß.«)*

Grundstückskauf

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Hauptausschuß hat die Stadtverwaltung ermächtigt, in der Erich-Mühsam-Straße 36 ein 4.015 Quadratmeter großes Grundstück zum Kaufpreis von 120.000 € zu erwerben.

Das Grundstück wurde bis zur Wende als Lager- und Betriebshof der Stadtwirtschaft genutzt. Danach fiel das Grundstück in Privatbesitz. Größere Investitionen gab es nicht und sind seitens der bisherigen Eigentümer auch nicht vorgesehen. Bebaut ist das Grundstück mit abrießreifen Garagen und Nebengebäuden. Derzeit ist die Fläche an eine Baufirma vermietet, die sie teilweise als Lagerplatz nutzt.

Im Jahr 2012 wurde ein städtebauliches Entwicklungskonzept für das Grundstück erarbeitet, um die Möglichkeiten der Beseitigung des

Arbeitsgruppe der Baudezernentin

»Strategie«-Suche für schon feststehendes Ergebnis

Eberswalde (bbp). Unter Bezugnahme auf das Bevölkerungswachstum in Berlin um Umgebung und den Verweis auf fehlende Flächenreserven für preiswerten Wohnungsneubau in der Metropole verweist die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner auf einen seit mehreren Jahren »positiven Wanderungssaldo« für Eberswalde. »Die Nachfrage nach Baugrundstücken für die Errichtung von freistehenden Einfamilienhäusern sowie von Mehrfamilienhäusern«, so die Dezernentin, »kann gegenwärtig auch in Eberswalde nicht mehr gedeckt werden, da die geeigneten städtischen Baugrundstücke weitgehend privatisiert worden sind. Mit der Erschließung neuer Baugrundstücke soll dieser Nachfrage kurzfristig begegnet werden (Ostende, Barnimhöhe, Clara-Zetkin-Siedlung).«

Für die Bauflächenentwicklung nach 2020 komme es jetzt darauf an, »strategische Weichenstellungen vorzunehmen und neue Flächen zu akquirieren«. Zu diesem Zweck traf sich am 24. Ja-

nuar eine exklusive Runde mit Vertretern der meisten Fraktionen in nichtöffentlicher Runde bei der Dezernentin, die auch die Versammlungsleitung an sich nahm.

Damit war klar, daß zwar alle Fraktionen einen Vertreter entsenden konnten, die AG aber dennoch kein Organ der Stadtverordneten ist, sondern eine Art Privatclub der Dezernentin, die bereits in der Einladung klarstellte, daß es trotz der schönen Rede gar nicht um strategische Fragen geht. Vielmehr sollten »die Flächen hinsichtlich ihres Entwicklungspotentials und ihrer Eignung als zukünftige Wohnstandorte diskutiert werden«. Das heißt, »die Flächen« sind schon vorgegeben. Es geht nicht darum aus einer zu findenden Strategie heraus auf »die Flächen«, die zur Umsetzung benötigt werden, zu schließen. Vielmehr dient die AG dazu, für »die Flächen«, die bereits ausgesucht sind, im Nachhinein eine Begründung für ihre Eignung als Wohnbaustandort zu suchen.

Zukünftige Wohnbauflächenentwicklung

Position des Sanierungsbeirats zur Ausweisung von Wohnbauflächen in Eberswalde

Grundprinzip für die Neuausweisung von Bauflächen sollten das flächensparende und das ökologische Bauen sein.

Noch immer werden in Deutschland täglich 69 ha Flächen für Bau- und Verkehrsflächen neu in Anspruch genommen (Bundesstiftung Baukultur 2016).

Als flächensparendes Bauen gelten das Recycling vorhandener, ehemals baulich genutzter Flächen, die Konzentration auf den Kernbereich der Stadt und der Verzicht auf die Ausweisung von Baugebieten am Stadtrand. Auch wenn die Bodensanierung ehemals gewerblich genutzter Grundstücke aufwendiger ist als die Neubebauung unbelasteter Grundstücke am Stadtrand, ist sie im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung für zukünftige Generationen vernünftig!

Die im landschaftlichen Leitbild zum FNP 2014 dargestellten Grün-Zäsuren zur Gliederung der Bandstadt sollten unbedingt berücksichtigt werden. Hier geht es im Grundsatz darum, auf eine Wiederbebauung brachliegender

Baugrundstücke zugunsten einer Renaturierung oder grünplanerischen Umnutzung zu verzichten.

Verdichteten Wohnformen (Bsp. Baugruppen, Reihenhäuser) sollte der Vorzug gegeben werden vor der Neuausweisung von Einfamilienhaussiedlungen. Kompakte Siedlungsformen sind flächensparend, energetisch sinnvoll und sie sind besser in das Stadtbild integrierbar.

Für Neubaugebiete sollten gestalterische und ökologische Mindeststandards formuliert werden.

Hierzu zählen, z.B.

- Erhalt wertvoller Bäume, Anpflanzung von standorttypischen Bäumen und Sträuchern zur Gliederung und Einfassung des Baugebietes
- Schutz bedeutender Biotopstrukturen, Erhalt von Grünstrukturen, welche die Gebiete gliedern, Schaffung von Biotopverbindungselementen und Grün-Zäsuren
- Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers vor Ort in einer gemeinschaftlichen Grünfläche oder auf den Grundstücken in Versickerungsmulden, Rigolen oder Gräben (§ 9 Abs.1 Ziff. 16 BauGB)
- Nutzung erneuerbarer Energien (Fotovoltaik, Solarthermie etc.)
- Zweckbestimmung von Verkehrsflächen (autofreie Modellsiedlung)
- Gestaltung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen zur Förderung der Nachbarschaftsbeziehungen, insbesondere Spielflächen für Kinder etc.

Prof. Dr. JÜRGEN PETERS, MANJA WOITUNIK, Prof. Dr. ANDREAS LINDE

städtebaulichen Mißstands zu ermitteln. Seit dieser Zeit steht die Stadtverwaltung mit den Eigentümern in Verhandlung mit dem Ziel, das innerstädtische Grundstück einer lückenschließenden sinnvollen Bebauung zuzuführen.

Der Kaufpreis von 120.000 € entspricht einem Quadratmeterpreis von 29,89 €. Der aktuelle Bodenrichtwert liegt bei 48,00 €/qm. Allerdings wird eine notwendige Beseitigung von Altlasten mit 65.000 € veranschlagt.

Seitens der Verwaltung ist geplant, die Fläche künftig für innerstädtische Wohngrundstücke zu erschließen.

Die weichgespülte Alternative

Unverbindliche Planspiele statt kontinuierlicher kommunalpolitischer Mitarbeit

Eberswalde Stadtverordnete hatten einst ein KINDER- UND JUGENDPARLAMENT als Beirat gemäß der Brandenburger Kommunalverfassung installiert. Inzwischen war einigen von ihnen, unterstützt von Bürgermeister Friedhelm Boginski, diese Form der bürgerschaftlichen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen nicht mehr modern genug.

Bereits im Oktober 2016 äußerte der Bürgermeister: »Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich Kinder- und Jugendparlamente nicht nur in Eberswalde, sondern überall erledigt haben«. wobei die Aussage »überall« schlichtweg irreführend und falsch ist. Im Gegenteil, vielerorts in der Bundesrepublik arbeiten Kinder- und Jugendparlamente sehr erfolgreich.

Der Bürgermeister war bereits 2015 einer der vehementesten Verfechter eines »weg« von der Stadtpolitik (als KINDER- UND JUGENDPARLAMENT) und »hin« zu Projekten und Planspielen. Im Dezember 2016 stellte er dann fest, daß das KINDER- UND JUGENDPARLAMENT seit fast einem Jahr inaktiv gewesen sei und sich deshalb aufgelöst habe. Er finde das schade, aber die Mitglieder hätten einfach keine Lust mehr gehabt.

Die Frage, warum die Kinder und Jugendlichen »keine Lust mehr« hatten, wurde nicht gestellt. Mit der Kommunalverfassung von 2008 war die Verantwortung für die Betreuung der Beiräte, also auch des KINDER- UND JUGENDPARLAMENTS, in die Hände der Stadtverordneten übergegangen. Sie waren es also, die in der Pflicht waren, anzuleiten, einzubeziehen und fordernd zu fördern. War ihnen das bewußt? Hatten sie das verinnerlicht? Was konkret haben die Stadtverordneten getan?

Haben sie die Arbeit des KINDER- UND JUGENDPARLAMENTS und die Berichte seines Vorsitzenden kritisch analysiert oder nur zur Kenntnis genommen? Haben sie sich mit der ablehnenden Haltung des Bürgermeisters auseinandergesetzt?

Man hat das KINDER- UND JUGENDPARLAMENT mehr oder weniger sich selbst überlassen, ohne in Rechnung zu stellen, daß Kinder und Jugendliche Kommunalpolitik erst lernen müssen und eine differenziertere Unterstützung als andere Beiräte gebraucht hätten.

Nun soll eine unverbindlichere, »jugendgemäße« Alternative her, etwas Lockereres, nicht so »Verstaubtes«, fanden einige Stadtverordnete und der Bürgermeister. Zur Durchsetzung neuer Ansätze und zeitgemäßer Methoden sollte ein Projektbüro engagiert werden.

Dem hatte ich bereits 2015 widersprochen. Mit der Kinder- und Jugendkoordinatorin hatten wir doch die Expertin im Haus. Aber meine Einwände war vergebens.

Es wurde (für nicht wenig Geld) ein Projektbüro gefunden, welches recherchieren und richtungweisende Impulse geben sollte. Das Büro *stadt-menschen-berlin* hatte schon den Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel mit mehr oder weniger Erfolg »bearbeitet« und beim Jugendclub Stino Erfahrungen gesammelt.

Das Projektbüro *stadt-menschen-berlin* offerierte den Ausschußmitgliedern in den schillerndsten Farben die unsagbaren Vorzüge seiner Methode. Man fand erst einmal einen moderneren, wirkungsvolleren Namen – statt KINDER- UND JUGENDPARLAMENT heißt es jetzt »Jugenddialog Eberswalde«, mit der schönen Abkürzung »JuDiE«.

Das Büro setzte als Ausgangspunkt die bahnbrechende Erkenntnis, daß Eberswalde seine Jugendlichen braucht, »um die Stadt voranzubringen« und es wolle »daher neue Wege für einen Dialog mit den jungen Menschen« suchen.

Im Dezember 2016 gab es dazu das erste Treffen mit einigen wenigen interessierten Jugendlichen. Man wollte wissen, was in Eberswalde fehlt, was Eberswalde besser machen könnte und was sich die Jugendlichen für Eberswalde wünschen. Dafür präferierte man die Methode *stadtspielerJUGEND*, Gruppenarbeit, Karten ziehen, Ideen kneten, Geschichten ausdenken usw.

Ein Teilnehmer äußerte, ihm habe besonders gefallen, daß alle am Tisch saßen und darüber nachdachten und diskutierten, was besser an Eberswalde sein könnte. Hätte man das nicht preiswerter mit der Jugendkoordinatorin und den Stadtverordneten haben können?

Die Beteiligung der jungen Menschen am kommunalen Geschehen der Stadt mittels eines KINDER- UND JUGENDPARLAMENTS ermöglicht ein direktes Mitwirken, Mitgestalten und Mitreden, um auf ihre Bedürfnisse, Wünsche, Ideen und Kritik bezüglich ihrer direkten Lebensumwelt aufmerksam zu machen und an Veränderungen aktiv mitzuwirken. Deshalb braucht Eberswalde wieder ein KINDER- UND JUGENDPARLAMENT, eines, um das sich die Stadtverordneten bewußt kümmern.

Ein KINDER- UND JUGENDPARLAMENT, das ist die konkrete Umsetzung von Jugendpartizipation, läßt junge Menschen Politik aktiv in der Praxis erleben, gibt Impulse für reale politische Jugendarbeit und fördert bei den Jugendlichen den Wunsch, sich selbst kommunalpolitisch zu engagieren.

Die Vertreter nehmen Interessen für Kinder und Jugendliche gegenüber der kommunalen Vertretung und der Verwaltung wahr. Sie haben laut Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und Hauptsatzung der Stadt Eberswalde die Möglichkeit, die übrigens das noch so schönste Planspiel nicht bieten kann, »gegenüber der Gemeindevertretung zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf ihren Aufgabenbereich haben, Stellung zu nehmen.«

Es ist sogar, wenn die Stadtpolitik das will, ein eigener Etat möglich (in der Stadt Offen-

burg z.B. jährlich 5000 €). Ein KINDER- UND JUGENDPARLAMENT hat eine feste Organisationsstruktur und eine Satzung. Der bedeutsame Vorteil (z.B. gegenüber niederschweligen Angeboten wie Projekten und Foren) ist eben die Möglichkeit einer langfristigen und vor allem verbindlichen Arbeit.

Geben wir also als Stadtverordnete die sich bietende Möglichkeit der Einflußnahme auf politische Bildung von Jugendlichen nicht aus der Hand.

Ein KINDER- UND JUGENDPARLAMENT hat an Modernität nicht verloren, es muß jedoch engagiert, fachkompetent und innovativ begleitet und mit Leben ausgefüllt werden, damit junge Menschen eben nicht die Lust an gesellschaftlicher Teilhabe verlieren.

Dr. ILONA PISCHEL

Im Ausschuß für Soziales, Bildung, Kultur und Sport stellte Dr. Ilona Pischel (Bündnis Eberswalde) mehrere Fragen zum »Jugenddialog Eberswalde«:

Wie hoch sind die durch das Projektbüro *stadt-menschen-berlin* entstandenen Kosten?

Was präferiert dieses Büro, immer wieder Aufträge der Stadt zu erhalten? (Potsdamer Platz, Stino, JuDiE)

Welches sind die Indikatoren dafür, daß die Projektidee des Büros zukunftsstragend ist und die Gewähr für eine dauerhafte Arbeit mit den Jugendlichen bietet?

Sind Folgeprojekte geplant? Wenn nicht, welche Methode ersetzt dann das Kinder- und Jugendparlament?

Was hat dagegen gesprochen, daß die Jugendkoordinatorin, Frau Forster-König, die sich nach ihrer Aussage schon seit Jahren mit den unterschiedlichsten Formen, neuen Ansätzen und Methoden der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beschäftigt (MOZ vom 17./18.12.2016), unter Mitwirkung der Stadtverordneten den Jugenddialog in Eigenverantwortung führt?

Wieviel Jugendliche wurden bisher erreicht?

Neujahrsempfang:

Kosten auf dem Prüfstand

Eberswalde (bbp). Die Kosten für den jährlichen Neujahrsempfang haben sich von 2007 bis 2016 verzehnfacht (siehe Tabelle in BBP 1/2017). »Wie konnte es zu einer derart dramatischen Steigerung der Kosten für den Neujahrsempfang kommen?«, fragt nun die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde. Der Empfang verschlinge »inzwischen ein Fünftel der gesamten städtischen Kulturförderung eines Haushaltsjahres«. Die Fraktion fragt weiter, ob Maßnahmen unternommen oder geplant wurden, künftig die Kosten für den Neujahrsempfang zu begrenzen sowie welche Kosten der Neujahrsempfang 2017 laut Plan hatte und was er schließlich tatsächlich kostete.

Illegale Graffitis

Bürger äußerten unserer Fraktion gegenüber ihre Entrüstung, ihren Unmut und ihre Machtlosigkeit bezüglich der Verunstaltung und Verunreinigung von Fassaden durch Sprayer und Graffitis. Sie scheinen kapituliert zu haben und sind resigniert, weil sie spüren, daß keine oder wirkungslose Versuche unternommen werden, dem entgegenzuwirken. Ein Bürger sagte: »Wir überlassen also sehenden Auges den schlichtesten Gemütern in der Gesellschaft die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, ohne den Versuch zu unternehmen, dem etwas entgegenzusetzen.«

Hierzu stellten wir der Stadtverwaltung folgende Fragen, deren Beantwortung wir zur Stadtverordnetenversammlung am 21. Februar erwarten: Wie schätzt die Stadtverwaltung die diesbezügliche aktuelle Situation ein? Welche Lösungsansätze gibt es? In welchen Zeiträumen sollen wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen und mit welchen Mitteln und Partnern umgesetzt werden?

VIKTOR JEDE, Fraktion Bündnis Eberswalde

Bundespolizei aufrüsten

Nachdem bekannt wurde, daß der Polizeiinspektion Frankfurt (Oder) durch die zahlreichen und deutschlandweiten Abordnungen der Verlust der Handlungsfähigkeit drohe, hat sich der SPD-Bundestagsabgeordnete STEFAN ZIERKE mit einem dringenden Schreiben an das Bundesinnenministerium gewandt. Darin fordert er die Ergreifung sofortiger Maßnahmen, um die Sicherheit an der deutsch-polnischen Grenze wiederherzustellen. Innenminister de Maizière (CDU) muß dafür sorgen, daß die vorhandenen Planstellen für die Bundespolizei besetzt werden. »Der Zustand und die Situation für die Beamten in der Polizeiinspektion Frankfurt (Oder) ist kritisch. Der drastische Personalmangel führt nicht nur zu einer Rüge des Bundesrechnungshofes, sondern auch zu einer schwierigen Sicherheitssituation an der deutsch-polnischen Grenze. Es kann nicht sein, daß Einreisende in begründeten Fällen nicht kontrolliert werden.«

Deswegen habe ich das Bundesinnenministerium aufgefordert, sofort Maßnahmen zu ergreifen und zusätzliche Beamte einzusetzen, um die Handlungsfähigkeit der Inspektion zu stabilisieren und die Sicherheit an der Grenze wiederherzustellen. Wir haben insgesamt rund 3.500 neue Personalstellen für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 geschaffen. Das ist der höchste Aufwuchs bei der Bundespolizei seit Bestehen der Bundesrepublik. 2.700 Stellen wurden davon allein im parlamentarischen Verfahren und auf Druck der SPD erwirkt. Diese neuen Stellen muß der Innenminister nun zügig besetzen«, erklärt Zierke. Auch KLARA GEYWITZ, Generalsekretärin der SPD Brandenburg, unterstützt das Anliegen: »Stefan Zierke hat recht. Auch ich fordere den Bundesinnenminister auf, seiner Verantwortung nachzukommen und die Bundespolizei an der deutsch-polnischen Grenze konsequent zu stärken.«

SEBASTIAN SCHMIDT

Direktkandidat im Wahlkreis 57 gewählt:

Kriminalbeamter soll in den Bundestag

Thomas Dyhr, Kreissprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Barnim, wird zur Bundestagswahl im nächsten Jahr als Direktkandidat für Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 57 Uckermark/ Barnim I antreten. Das bestimmten die Mitglieder der beiden Kreisverbände in einer gemeinsamen Aufstellungsversammlung am vergangenen Freitag in Angermünde mit großer Mehrheit.

Der 58jährige Kriminalbeamte wohnt seit zwanzig Jahren im Bernauer Ortsteil Schönow. Er ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder. Neben seiner beruflichen Tätigkeit ist Thomas Dyhr kommunalpolitisch sehr engagiert. Er ist Sprecher und langjähriges Vorstandsmitglied des Barnimer Kreisverbands von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied der

Stadtverordnetenversammlung Bernau. Dort führt er die Fraktion Bündnis 90-Grüne/Piraten als Fraktionsvorsitzender an.

Der politische Schwerpunkt von Thomas Dyhr liegt auf dem Gebiet der Innenpolitik. Aber auch andere Themengebiete sind ihm nicht fremd. So war er 2011 Mitorganisator der erfolgreichen Bürgerinitiative gegen die CO₂-Verpressung in unserer Region. Er engagiert sich im Baumschutz und versucht, endlich Fortschritte bei der Beseitigung der Müllaltlasten der GEAB in Bernau zu erreichen.

Zur Bundestagswahl 2009 war Thomas Dyhr Direktkandidat im Wahlkreis Märkisch Oderland/Barnim II und erreichte ein respektables Ergebnis für Bündnis 90/Die Grünen.

ELKE ROSCH



Foto: BÜNDNIS 90/GRÜNE BARNIM

ELKE ROSCH (Sprecherin Kreisverband Barnim) und ROBERT SCHINDLER (Sprecher KV Uckermark) beglückwünschen THOMAS DYHR zu seiner Wahl als Direktkandidat von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis 57, Uckermark/Barnim I (Altkreis Eberswalde).

Winterdienst und Obus

Eberswalde (bbp). Im diesjährigen Winter gab es bisher am 5. und 12. Januar extreme Wittersituationen, die vom städtischen Winterdienst alles abverlangten. Alles in allem wurde die Situation glimpflich gemeistert. Lediglich der Obusverkehr brach jedesmal total zusammen.

Offensichtlich sind die eingesetzten Obusse der Barnimer Busgesellschaft (BBG) hinsichtlich Glätte schon bei geringen Anstiegen, wie auf der Bahnstraße, in der Eisenbahnstraße und in Nordend, sehr anfällig. In einem Leserbrief in der lokalen Tageszeitung wird eine ungenügende Sorgfalt des städtischen Bauhofs für den Zusammenbruch des Obusverkehrs verantwortlich gemacht (MOZ, 23.01.2017).

In diesem Zusammenhang stellte Otto Baaz namens der Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE für die Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 7. Februar folgende Fragen:

1. Sind der Stadtverwaltung die besonderen Gefährdungen des Obusverkehrs durch winterliche Extremsituationen bekannt? Wie ist hierbei die Zusammenarbeit mit der BBG organisiert?

2. Wie wurde bisher seitens der Stadtverwaltung mit den besonderen Anforderungen der Obusse umgegangen?

3. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um künftig einen Totalzusammenbruch des Obusverkehrs bei ähnlichen winterlichen Extremsituationen zu vermeiden?

**Barnimer Bürgerpost
abonnieren!**

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42
internet: www.barnimer-buergerpost.de

»Erster Aufschlag« zur Kreisgebietsreform

Eberswalde (at). Am 23. Januar kam der Barnimer Kreisausschuß zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen. Auf der Tagesordnung stand als einzige Beschlußvorlage die Stellungnahme des Landkreises Barnim zur geplanten Kreisgebietsreform in erster Lesung. Vier Einwohner nahmen als Gäste an der Sitzung teil. ALBRECHT TRILLER nutzte die Einwohnerfragestunde für eine Meinungsäußerung zur Vorlage, ohne damit bei den Ausschußmitgliedern irgendeine Reaktion auslösen zu können.

Als die Vorlage schließlich aufgerufen wurde, informierte Landrat BODO IHRKE über eine neue Zeitschiene. Dadurch gebe es mehr Zeit für die Diskussion. Die Behandlung der »Stellungnahme des Landkreises zum Gesetzentwurf zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg« im Kreisausschuß sei demzufolge nur ein »erster Aufschlag«. Ihrke schlug vor, zunächst über Verfahrensfragen, wie den Umgang mit Minderheitenvoten zu diskutieren und erst danach weitere Vorschläge einzubringen.

Einzigste Diskussionsrednerin war dann ODA FORMAZIN, die Vorsitzende der Bürgerfraktion Barnim/FDP. »Wir wollen die Reform eigentlich gar nicht«, sagte sie. Nötig sei eine

inhaltliche Bewertung. Landrat Ihrke forderte die Fraktionen auf, innerhalb der nächsten drei Wochen ihre Positionen darzustellen. Dezernent MATTHIAS TACKE erklärte, die vorgelegte Stellungnahme sei lediglich die Sicht der Verwaltung und keineswegs eine politische Bewertung der Kreisgebietsreform. Er erläuterte einzelne Punkte und versuchte, die Vorlage und deren Begründung im Überblick darzustellen.

Auch damit fühlte sich kein weiteres Kreisausschußmitglied zur weiteren Diskussion angeregt. MARGITTA MÄCHTIG (Die Linke) sah sich aufgrund der kurzfristigen Zusendung der Vorlage nicht imstande, Fragen zu stellen. Die Stellungnahme müsse für die Kreistagsabgeordneten erst lesbar gemacht werden.

Damit war die »1. Lesung« beendet. Landrat Ihrke schloß als Vorsitzender des Kreisausschusses den Tagesordnungspunkt mit der Feststellung, daß der Ausschuß die Vorlage »als Arbeitsentwurf zur Kenntnis genommen« habe.

Vor der Beschlußfassung in der Kreistagsitzung am 15. März steht die Stellungnahme am 27. Februar noch einmal im Kreisausschuß auf der Tagesordnung.

Mehr Projekte für den sozialen Wohnungsbau

Die Landesregierung setzt sich verstärkt für den sozialen Wohnungsbau ein. 2016 bis 2019 stehen dafür jeweils 100 Millionen Euro zur Verfügung. Darüber informierte Bauministerin KATHRIN SCHNEIDER.

Danach haben 2016 deutlich mehr Kommunen und Wohnungsunternehmen geförderte Mietwohnungsbauprojekte geplant, um Angebote für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu schaffen. Nach Angaben der Ministerin konnten 2016 vorliegende Anträge auf Wohnraumförderung in Höhe von 78 Millionen Euro bewilligt werden. 2015 wurden 22,2 Millionen Euro Förderung für insgesamt 313 Wohnungen gewährt,

Schneider betonte: »Gerade in den Regionen mit großer Nachfrage brauchen wir mehr bezahlbare Wohnungen. Deshalb haben wir die Fördergelder erhöht. Ich wünsche mir, daß sich noch weitere Städte dazu entschließen, das Förderprogramm in Anspruch zu nehmen, um Wohnungen mit Miet- und Belegungsbindungen zu bauen.«

Die 2015 gewährten 22,2 Millionen Euro Förderung für insgesamt 313 Wohnungen setzen sich wie folgt zusammen:

- Modernisierung und Instandsetzung: 217 Wohnungen (Förderung 14,5 Millionen Euro). Die Wohnungen sind miet- und belegungsgebunden und stehen damit Haushalten mit niedrigem Einkommen zur Verfügung
- Neubau : 41 miet- und belegungsgebundene Wohnungen (Förderung 5,2 Millionen Euro)

- Barrierefreier Umbau: 24 Wohnungen
- Eigentumsförderung: 31 Wohnungen.

Von den 22,2 Millionen Euro wurden 21,8 Millionen Euro als Darlehen ausgereicht und 0,4 Millionen Euro als Zuschüsse gewährt.

2016 können voraussichtlich vorliegende Förderanträge in Höhe von 78 Millionen Euro für 518 Wohnungen bewilligt werden, davon

- Neubau: 424 Wohnungen
- Modernisierung und Instandsetzung: 94 Wohnungen

– 393 Wohnungen von den insgesamt 518 sind miet- und belegungsgebunden und stehen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen zur Verfügung

Förderanträge für Modernisierungs- oder Neubauprojekte wurden unter anderem in Bernau, Potsdam, Wittenberge und Eisenhüttenstadt gestellt.

Die Fördersumme von 100 Millionen Euro in diesem und in den kommenden drei Jahren setzt sich zusammen aus 60 Millionen Euro vom Bund und 40 Millionen Euro aus dem Landeswohnungsbauvermögen. Die Erhöhung der Gesamtsumme war möglich, weil sich das Landeswohnungsbauvermögen in den vergangenen Jahren stabilisiert und positiv entwickelt hat.

Derzeit stehen 54.124 Wohnungen mit Miet- und Belegungsbindungen im Land Brandenburg zur Verfügung (stand 31.12.2015).

FLORIAN ENGELS

Bürgerbeteiligung nötig

Am 23. Januar stand die »Stellungnahme des Landkreises Barnim zum Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze« auf der Tagesordnung des Barnimer Kreisausschusses.

Schnell wird klar, daß die Stellungnahme lediglich die Sicht der Kreisverwaltung widerspiegelt. Der Zusammenhang zwischen der beabsichtigten Strukturreform einerseits und der Demokratie andererseits wird nicht betrachtet. Der Gesetzentwurf führt zu einer weiteren Demokratieförderung und wird die Politikverdrossenheit weiter verstärken. Notwendig ist nicht die Zusammenlegung von Landkreisen und kreisfreien Städten, sondern eine Dezentralisierung staatlicher Aufgaben und deren Finanzierung sowie eine Stärkung der direkten Demokratie.

Statt identitätsstiftender **Namen** des Landkreises sind identitätsstiftende **Inhalte** der Kommunalreform notwendig und in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Notwendig ist eine Überarbeitung der Kommunalverfassung mit dem Ziel der Erhöhung der Transparenz und der Möglichkeiten zur demokratischen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Die Neugliederung der Landkreise, sofern sie überhaupt Gewinne für die Bürger bringen kann, ist zum Gegenstand eines Bürgerentscheides zu machen.

Eine Beratung des Themas allein im Kreisausschuß (A1) mit finaler Beschlußfassung im Kreistag widerspricht einer demokratischen Verfahrensweise. Neben einer Beratung mit allen Abgeordneten und in allen Ausschüssen sind vor allem breite Möglichkeiten der Beratung mit Bürgern dazu zu suchen. Die Ergebnisse der Beratung mit den Bürgern müssen sich am Ende im Gesetzentwurf wiederfinden.

ALBRECHT TRILLER

Mehr Ausschußmitglieder

Eberswalde (bbp). Das Bündnis Eberswalde, seit Anfang des Jahres als neue Zweierfraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung aktiv, will erreichen, daß auch kleine Fraktionen mit nur zwei Mitgliedern voll berechtigt an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen können.

Bisher bestehen die Ausschüsse (außer dem vierköpfigen Rechnungsprüfungsausschuß) aus 10 Mitgliedern. In der aktuellen Konstellation geht die neue Fraktion, der neben dem Fraktionsvorsitzenden Viktor Jede nur noch Dr. Ilona Pischel angehört, leer aus.

Eine Lösung besteht darin, die Anzahl der Stadtverordneten in den Ausschüssen auf elf zu erhöhen. Um dies zu erreichen, hat die Fraktion nun eine entsprechende Beschlußvorlage zur kommenden Stadtverordnetenversammlung am 21. Februar eingebracht. »Um unsere gleichberechtigte Mitarbeit in den Ausschüssen zu gewährleisten«, so Jede, »bitten wir um Ihre Zustimmung«.

f-l-ü-c-h-t-i-g Über meine Heimat



Foto: Josi RÜCKER

In Schwarzweiß- und Farbfotografien sowie Tondokumenten und Schriftstücken zeigen wir, wie die Annäherung mit Geflüchteten in der ländlichen Gemeinde geschehen kann.

Entstanden sind vielschichtige Portraits von elf Menschen, die aus Somalia, Nigeria, Afghanistan und Syrien zu uns in den Landkreis Barnim gekommen sind. Was bedeutet »Flucht« für sie, wie fühlt es sich an, wenn man immer nur als »Flüchtling« wahrgenommen wird und hört das je wieder auf?

Viele von uns haben eine Assoziation zum Wort »flüchtig« – begeben wir uns auf eine innere Reise. Dabei geht es der Fotografin JOSIE RÜCKER um die Annäherung von beiden Seiten. »Während ich bei den Somalis viel länger verweilte, lernte ich die syrischen Männer nur kurz kennen. Alle Begegnungen aber waren offen und von großer Intensität.«

Die Schwarzweißbilder entstanden mit einer analogen Kamera aus den 1960er Jahren. Die Filme entwickelte die gelernte Fotografin, die lange in München und Berlin arbeitete, selbst und sie vergrößerte auch in der eigenen Dunkelkammer. »So habe ich noch viel mehr Zeit mit den Portraitierten verbracht und es sind sehr eigenwillige Portraits entstanden.«

Zur Ausstellungseröffnung am 29. Januar gab es u.a. ein Gespräch mit den syrischen Geflüchteten und Live-Musik von MIRJAM UND JAN (Jazz, Querflöte und Gitarre).

Die Ausstellung »f-l-ü-c-h-t-i-g« ist noch bis zum 17. März im Kulturbahnhof Biesenthal (Bahnhofplatz 1) zu sehen.

ELKE ECKERT

Mensch sein kann man nur im Frieden

Im Krieg sind die Menschen Soldaten, Verwundete, Hinterbliebene, Trauernde, Witwen, Hungernde, Fliehende, Raubende und Mordende.

Um Mensch zu sein, braucht der Mensch den Frieden wie die Blume das Licht!

die ROTE OMA

Liebe Freunde, meine Heimat ist Deutschland. Meine Muttersprache ist deutsch. Meine Kinder, mein Mann, meine Freunde, Vorfahren und Nachkommen sprechen deutsch.

Das ist jedoch Zufall. Gut und gerne hätte ich auch in Polen aufwachsen können, denn Polen ist nicht weit entfernt von Eberswalde, der Stadt, in der ich lebe. Und etliche meiner Vorfahren kommen aus Gegenden, die jetzt in Polen liegen.

Eine meiner Großmütter kommt aus Stolp bei Crossen mit C am Anfang, an der Oder. Crossen liegt nordwestlich von Zielona Gora, das früher Grünberg hieß. Dort gab es einen Heimatdichter mit Namen Alfred Henschke, der das Pseudonym »Klabund« hatte. Er lebte von 1890 bis 1928, stammte aus Crossen und schrieb eine Ode an seine Heimatstadt:

*Oft gedenk ich deiner,
kleine Stadt am blauen, rauhen Oderstrom,
nebelhaft in Tau und Au gebettet;
an der Grenze Schlesiens und der Mark
wo der Bober in die Oder,
wo die Zeit mündet
in die Ewigkeit.....*

(Klabund wird als schlesischer Heimatdichter bezeichnet).

Meine andere Großmutter kam aus der damaligen Neumark, dem östlichsten Teil der Mark Brandenburg, nämlich aus einem Dorf nahe der Stadt Naugard, die jetzt ebenfalls in Polen liegt. Einen bestimmten Ort in Deutschland meine Heimat zu nennen, liegt mir fern, denn ich bin neunmal umgezogen.

Schnell fand ich neue Kontakte und man vertraute mir gern. Ein kluger Kopf sprach einmal: Heimat ist dort, wo ich nicht erklären muß, warum ich da bin. In der Stadt Eberswalde lebe ich seit vierundvierzig Jahren. Wenn man mich längere Zeit nicht auf der Straße sah, weil ich malte oder schrieb oder bei den Kindern zu Besuch weilte, fragt man mich, wo ich denn gesteckt hätte.

Gewisse Orte in unserem hügeligen Barnimer Land suche ich sehr gerne auf. Zum Beispiel einen Berg in Hohenfinow, eine Endmoräne der Märkischen Eiszeitstraße, den Liebenstein. Am Ende des Weges droben stehen

zwei Holzbänke auf der naturgeschützten Wiese. Beim Hinsetzen atme ich tief durch. Von dort kann man durch das Urstromtal nach Osten über die Oder hinweg in das polnische Land schauen, wo die jenseitigen Hügel im blaugrünen Dunst liegen. Dazwischen liegt das Oderbruch, das der Alte Fritz vor über 250 Jahren trocken legen ließ und Familien aus dem Elsaß, der Schweiz und Frankreich einsiedeln ließ. Er hatte ohne Krieg ein großes Stück Land gewonnen.

Ich entspanne mich am Liebenstein, wo sich ehemals eine slawische Burg befand. Über mir kreist der rote Milan, um plötzlich hinabzustößen und eine Maus zu greifen. Unten im Tal fährt der kleine gelbe Oderzug und pfeift an den Wegekreuzen.

Er fährt nach Frankfurt an der Oder, ist ein bequemes und sauberes Verkehrsmittel. In Frankfurt an der Oder kann man die brandenburgische Backsteingotik bewundern. Ohne Frage: Hier bin ich zu Hause. Die Mark Brandenburg ist heute meine Heimat. Weitere Sehnsüchte habe ich nicht – auch nicht nach Florida zu fliegen, was ja modern oder »in« sein soll.

Ich hörte von einem Hoteldiener, der seit über vierzig Jahren die Koffer der Kurgäste in Berchtesgaden transportiert. Er sagte, er brauche keinen Urlaub. Seine Heimat sei so schön, daß er woanders nur krank vor Sehnsucht sein würde. Oder kennt ihr die Suppenköchin, die seit Jahrzehnten einen Imbiß für die Brummifahrer einer Autobahn betrieb, die sie alle beim Namen kennt und ihre Sorgen auch? Sie wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sie hatte noch nie Urlaub genommen.

Versteht ihr, was ich meine?

Heimat ist dort, wo ein Vakuum, ein Loch entsteht, wenn man nicht oder nicht mehr da ist. Wir alle haben eine Heimat in unserem Betätigungsfeld, unserem Wirkungskreis, im Arbeitskollektiv oder als Mitglied einer sozialen Gemeinschaft.

Wenn einer von uns nicht mehr kommt oder nicht mehr kommen kann, hinterläßt er einen leeren Platz in seiner geistigen Heimat.

Dr. WALTRAUD VOIGT (2012)

»Finanzwende – den nächsten Crash verhindern«

Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen GERHARD SCHICK und dem Finanzexperten UDO PHILIPP, stellvertretender Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen, habe ich ein Buch geschrieben, das im November 2016 erschienen ist: »Finanzwende - den nächsten Crash verhindern«.

www.bar-blog.de

www.barnimer-buergerpost.de

Wir brauchen dringend eine Finanzwende, um das Finanzsystem endlich krisenfest und vor allem nachhaltiger zu machen. Nur mit starken Banken, Versicherungen und Finanzmärkten können wir die notwendigen Investitionen in den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft stemmen. Und wir müssen wieder mehr investieren, auch um die Finanzkrise hinter uns zu lassen. Die Finanzmärkte müssen so reguliert werden, daß sie tatsächlich stabil werden und vor allem der Realwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbrauchern dienen.

SVEN GIEGOLD, MdEP

Entwicklungskonzept für touristische Wasserstraßen

Thesenpapier des Vereins Initiative Unser Finowkanal e.V. (Teil 2)

In Fortschreibung der am 9. Februar 2015 in Eberswalde formulierten und am 21. Mai desselben Jahres in Berlin den Mitgliedern des Bundestages übergebenen »Eberswalder Erklärung« (BBP 2/2016) beteiligen wir uns mit den folgenden Thesen an der weiteren Entscheidungsfindung und bieten unsere Mitarbeit an. Die Thesen 1 bis 7 wurden in der Januarausgabe veröffentlicht (BBP 1/2017).

8. Volkswirtschaftlicher Nutzwert mit Folgeeffekten

Die auf der Grundlage von Tonnage und Verkehrszahlen prognostizierte Wirtschaftlichkeit künftiger Investitionsmaßnahmen ist für die Beurteilung von Projekten an Nebenwasserstraßen unzureichend. Der künftige Ertrag von Projekten ist nicht immer eindeutig vorhersagbar, sondern als volkswirtschaftlicher Nutzwert mit Folgeeffekten zu integrieren.

Nichts ist als Entscheidungsgrundlage für Investitionsmaßnahmen an Freizeitgewässern ungeeigneter als die Wirtschaftlichkeitsprognose auf der Grundlage von Verkehrs- und Güterprognose. Wenn die Nutzerzahlen an Wasserstraßen stagnieren oder sogar rückläufig sind, dann ist dies nicht zuletzt eine Folge der jahrelangen Ungewißheiten über die Zukunft von Schleusen und Infrastruktur an den Nebenwasserstraßen. Dies blockiert jegliche unternehmerische Tätigkeit, hält potenzielle Gäste vom Besuch ab und schafft eine unplanbare Situation für die Charter- und Passagierschiffahrt und andere Investoren (z.B. Gastronomie, Hotellerie, Kultureinrichtungen).

Als Orientierung für die Wirksamkeit investiver Maßnahmen können Beispiele aus anderen Regionen (»best practice«) herangezogen werden, die beispielsweise im Netzwerk Deutsche Wasserwege sowie der internationalen Dachorganisation Inland Waterways International oder der PIANC hinreichend zur Verfügung stehen.

9. Es bedarf eines neuen Auftragsmanagements

Landkreise, Kommunen und Bundesländer sollten den Bund beauftragen können, Leistungen gegen Kostenerstattung zu erbringen, während sie andererseits einige der Teilaufgaben des Bundes und Zusatzleistungen übernehmen. Neben der ökologischen soll auch eine wirtschaftliche Durchgängigkeit hergestellt werden.

Eine sinnvolle Vergabe und Durchführung von Leistungen darf nicht durch ein »Mehr« an bürokratischen Strukturen und Vorschriften behindert werden. Dies schließt ausdrücklich auch die Vergabe bestimmter Leistungen an kompetente Freiwilligeninstitutionen ein.

Die Initiative Unser Finowkanal e.V. konnte in der Saison 2013 zeigen, daß Schleusendienst (wie in Großbritannien) auch mit Freiwilligen zu leisten ist. Durch den Einsatz saisonaler Arbeitskräfte (z.B. Studierende) können Synergieeffekte genutzt werden. Freiwillige können – wie auch die Beispiele in England und Schottland zeigen – im Einsatz an den Wasserwegen zur Integration sozial benachteiligter Bevölkerungsschichten beitragen.

10. Die objekt- und prozeßbezogene Digitalisierung von Angeboten, Informationen und Verwaltungsverfahren ist heute Bedingung für den Erfolg

Der bürokratische Aufwand und Hindernisse in den Genehmigungsverfahren können durch den Einsatz moderner digitaler Techniken drastisch reduziert und der Service verbessert werden. Neben einem wirklich nutzerfreundlichen und mehrsprachigen Informationsdienst für alle Nutzer der Wasserstraßen sollten auch die Verwaltungsprozesse im digitalen Zeitalter (Tourismus und Mobilität 4.0) modernisiert werden.



11. Kulturell und historisch bedeutsame Wasserbauwerke sollen der touristischen Inwertsetzung zugänglich sein

Hier müssen Lösungen gefunden werden, die die Verkehrssicherungspflicht mit dem Bedürfnis nach touristischer Inwertsetzung auf intelligente Weise verknüpft. Zumindest die in öffentlicher Hand befindlichen kulturell wertvollen Objekte dürfen nicht einfach weggesperrt werden!

12. Internationale Zusammenarbeit

Dies und die Einbeziehung der daraus gewonnenen Erkenntnisse (z.B. Canal & River Trust, Scottish Canals) spielen eine deutlich größere Rolle als bisher. Durch die Mitgliedschaft bei INLAND WATERWAYS INTERNATIONAL und die Teilnahme an den Weltkanalkonferenzen stehen wir in Verbindung mit anderen Wasserrevieren der Freizeitschiffahrt weltweit. Wir wissen um das Interesse auswärtiger und ausländischer Gäste und wünschen uns mehr Gehör für die uns daraus entstehenden Erkenntnisse. Wir wollen unsere Erfahrungen und Kompetenzen in die Prozesse einbringen.

13. Mit der kleinteiligen Umsetzung erfolgversprechender oder anderweitig bereits erprobter Projekte/Prozesse können Erfahrungen gesammelt und Abläufe für den größeren Kontext optimiert werden

Die Initiative Unser Finowkanal e.V. konnte in den zurückliegenden Jahren vielfältige Erfahrungen sammeln, die sie gern zur Umsetzung in größerem Maßstab einbringen wird. Ehrenamtliche Schleusenwärter, sogenannte Finowkanal-Lotsen, die Emotionalisierung der Bevölkerung durch Finowkanal-Geschichtenwanderungen, das Junior-Schleusenmeister-Zertifikat, die Einbeziehung von Industriedenkmalen als Alleinstellungsmerkmal der Finowkanalregion und Finowkanal-Stammtische erbrachten eine große Resonanz und führten zur Besinnung auf die historischen und kulturellen Werte unseres Kanals in der regionalen Politik. Wir sind überzeugt, daß solche Erfahrungen bei der Entwicklung regionaler und bundesweiter Strukturen eine Rolle spielen.

14. Keine Flucht aus der Verantwortung

Schnelle Gesetzes- oder Ordnungsänderungen des Bundes mit dem Zweck, sich bestimmter Aufgaben zu entledigen (z.B. durch »Entwidmung«, Verschärfung der BinSchUO/VermV) sind kontraproduktiv. Havarieszenarien aufgrund mangelhafter Unterhaltungszustände, der potentielle Rückzug von Interessengruppen sowie eine negative Resonanz in der Bevölkerung schädigen langfristig die Chancen für eine positive Entwicklung. Die Neustrukturierung der Nebenwasserstraßen Deutschlands ist ein Vorhaben mit weitreichenden Konsequenzen. Niemand stellt sich dem in den Weg, wenn diese eine sinnvolle und wohlüberlegte Verbesserung des gegenwärtigen Zustands zum Inhalt hat.

Einer Schließung von Schleusenanlagen mit dem Ziel der Renaturierung widersprechen wir vehement. Neue Formen der Zusammenarbeit mit dem gemeinsam getragenen Willen zum Erhalt der historisch und kulturell bedeutsamen Binnenwasserstraßen Deutschlands und der Verbesserung des ökologischen Zustandes der Gewässer sind willkommen, wenn sie nicht als Sparmaßnahme, sondern als Entwicklungschance begriffen werden. Die durchgängige Schifffahrt für muskelkraftbetriebenen und motorisierten Sportbootverkehr muß erhalten bleiben, wie auch ökologische Verbesserungen daneben fortentwickelt werden.

Bundesweite Lösungen sind regionalen Ansätzen gegenüber zu bevorzugen. Regionale Pilotprojekte zur Erprobung neuer Strukturen und Prozesse (z.B. Schleusen in regionaler Verantwortung) stehen hierzu nicht im Widerspruch, sofern sie sich auch später in eine bundesweite Struktur einfügen lassen.

Vielfalt ist das »Salz in der Suppe«, für die mutige Akteure gebraucht werden!

Initiative Unser Finowkanal e.V.
c/o Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Einen Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Baumaßnahme »Sicherung und Inwertsetzung der Borsighalle in Eberswalde« gebe es nicht. Dies sei auch nicht in den Regularien der Stadt festgelegt. Über das Projekt wurde jedoch regelmäßig und umfassend informiert, »sowohl die Projektidee, Projektvorbereitung und Durchführung betreffend. Schon am 15.05.2012 wurde der ABPU umfassend über das Konzept 'Sanierung und Inwertsetzung – Denkmalwert, Zustand und Chancen' informiert; damit verbunden war auch die geplante Förderantragstellung zur Aufnahme in die Liste der national bedeutsamen Denkmale, um damit Fördermittel von Bund und Land für die Sicherung der Borsighalle einzuwerben. Am 27.01.2014 habe ich im öffentlichen Finowkanalsymposium u.a. den Projektstand zur Borsighalle vorgestellt. Am 11.11.2014 wurde der ABPU über die Aufnahme der Borsighalle in die Liste der nationalbedeutsamen Denkmale informiert.« Mit den Haushaltsplänen für 2015 und 2016 habe die Stadtverordnetenversammlung die Eigenmittel für diese beiden Jahre und die Eigenmittelpflicht bis 2019 beschlossen. »Mit Beschluß des Hauptausschusses am 18.06.2015 wurde die Vergabe der Planungsleistungen zur Sanierung der Borsighalle mit ca. 155.000 Euro beschlossen.«

Zur Frage 2, ob es dem üblichen Verfahren entspreche, »daß Baumaßnahmen, deren Wertgrenzen den Umfang von 500.000 € überschreiten, in Einzellose zerlegt werden, die dann infolge des geringeren Wertumfanges statt von der StVV vom Hauptausschuß oder vom Bürgermeister als Geschäft der laufenden Verwaltung entschieden werden«, antwortete die Dezernentin: »Also erst einmal: Ja! Wir zerlegen Maßnahmen in Ein-

Sanierung der Borsighalle

»'Eigentum verpflichtet' – so lautet Artikel 14, Absatz 2, des Grundgesetzes. 'Sein Gebrauch soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen.'« Damit beginnt die Antwort von Baudezernentin ANNE FELLNER auf die Anfrage der Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE zur Borsighalle am Eberswalder Familiengarten (BBP 12/2016).

zellose, willentlich und absichtlich! Und wir sind auch noch stolz darauf! Und wir informieren die Stadtverordneten regelmäßig darüber. Bei allen großen Baumaßnahmen ist es unser Ziel, die örtliche Wirtschaft zu beteiligen. Dies ist ein mit der StVV abgestimmtes und von den Stadtverordneten mehrmals gelobtes und ausdrücklich gewünschtes Verfahren.

Und zweitens: Natürlich nein! Es werden nicht Lose gebildet, um demokratische Mitwirkung zu beschränken.«

Im weiteren geht Anne Fellner ausführlich auf die Denkmalsförderung durch Bund und Land (je ein Drittel) und die einzelnen bereits realisierten Planungsschritte ein. »Auch über diesen Ablauf«, so Fellner, »haben wir den ABPU zeitnah und umfassend informiert.«

Ob es ein Nutzungskonzept zur Borsighalle für die Zeit nach der Fertigstellung der Baumaßnahme, gebe, war Inhalt der dritten Frage.

Dazu Anne Fellner: »Das Entwicklungskonzept für die Borsighalle sieht 3 Phasen der Sicherung und Inwertsetzung vor«. Phase 1 umfaßt die Sicherung des Denkmals, der die »Herstellung als Skulptur« als Phase 2 und in Phase 3 die Nutzung der Halle folgen.

»Die Phasen 1 und 2 umfassen nutzungsunabhängige Baumaßnahmen, die die bauliche Konstruktion der Borsighalle wiederherstellen. Das städtische Fördermittelprojekt 'Borsighalle' bezieht

sich auf die Phasen 1 und 2; aufbauend auf den dann erreichten Sanierungsstand der Borsighalle, sollen in Phase 3 private Nutzer gesucht werden. Dieses Vorgehen ist abgestimmt und vom ABPU ausdrücklich gutgeheißen.«

Die weiteren Fragen zu den Folgekosten und der Vereinbarkeit mit dem Haushaltsplan beantwortete die Dezernentin wie folgt: »Die Stadt ist Eigentümerin des national bedeutsamen Denkmals Borsighalle und hat damit die Sicherungspflicht für dieses Denkmal. Das Ziel des Fördervorhabens ist die reine Sicherung und Herstellung der Denkmalskulptur. Dadurch fallen keine Folgekosten an. Vielmehr werden der Stadt erhebliche Sicherungs- und Unterhaltungsarbeiten an der Halle mit reinen Eigenmitteln der Stadt Eberswalde erspart. Somit kann kein Verstoß gegen § 16 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) vorliegen.

Die Stadt Eberswalde wird mit dem Fördervorhaben nachhaltig entlastet, da zukünftig keine Sicherungs- und Erhaltungsmaßnahmen mehr anfallen und zudem Möglichkeiten eröffnet werden, das Denkmal zu einem ansprechenden Preis zu verkaufen.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 08.12.2016 erklärte der Kämmerer der Stadt, Herr Siebert, daß der vorgelegte Entwurf zur Haushaltssatzung 2017/2018 rechtskonform, vollziehbar und beschlußfähig sei.«

Kein Geld für Sanierung der Bruno-H.-Bürgel-Schule

Eberswalde (bbp). Baudezernentin ANNE FELLNER hatte im Dezember auf Anfrage der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zur Borsighalle mitgeteilt, daß es für die Sanierung der Borsighalle keine Folgekostenberechnung gibt. Eine solche schreibt die Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) für kommunale Investitionen vor. Die Sanierung der Borsighalle ist Bestandteil der Haushaltspläne 2016 und 2017/18. Dennoch sieht die Baudezernentin keinen Verstoß gegen die Haushalts- und Kassenverordnung.

Die Fraktion hakt nun nach und will wissen, was die Sicherung und Unterhaltung der Borsighalle in den vergangenen zehn Jahren kostete und wie die Aussage der Dezernentin zu verstehen sei, daß die Stadt durch die Ausgaben für die Sanierung erhebliche Kosten einspare, obwohl keine Folgekostenberechnung vorliegt. Die Fraktion fragt nun, wann die Folgekostenberechnung vorgelegt wird.

Warum die Sanierung der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule aus der mittelfristigen Investitionsplanung gestrichen wurde, ist eine weitere Frage der Fraktion. Auskunft wird auch dazu erbeten, wann die Sanierung der Schule nun-



mehr geplant sei und wie sicher die beabsichtigte Gewinnung von Fördermitteln sei. Was rechtfertigt die Bevorzugung der neuen freiwilligen Aufgabe »Sanierung Borsighalle« gegenüber der kommunalen Pflichtaufgabe »Sanierung

der Bruno-H.-Bürgel-Schule«, fragt die Fraktion weiter. »Warum werden die 400.000 € städtischer Anteil an den Sanierungskosten der Borsighalle nicht zuerst für die Sanierung von städtischen Schulen und Kindertagesstätten verwendet?«

Naturschutz wird erledigt

Ohne jeden Grund wird der Abteilungsleiter Naturschutz, Axel Steffen, abgesetzt. Er soll zum 1. März 2017 die Abteilung Immissionsschutz übernehmen, eine für ihn fachfremde Aufgabe.

Axel Steffen ist der oberste Naturschützer im Land Brandenburg. Er leistet eine äußerst fachkundige und engagierte Arbeit. Der Schutz der Natur in Brandenburg ist ihm ein wirkliches Anliegen. Mit seiner Versetzung wird der Naturschutz in Brandenburg seinen führenden Kopf verlieren. Nach der Versetzung des Präsidenten des Landesumweltamtes, Prof. Matthias Freude, kurz vor Weihnachten 2014, der Versetzung des Leiters des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin, Dr. Martin Flade, kurz vor Weihnachten 2015, ist dies der vorläufige Höhepunkt der Kampagne. Anscheinend verfolgt die Leitung des Agrar- und Um-

weltministeriums eine Doppelstrategie: inhaltlich wird die Arbeit auf das unumgängliche Maß reduziert, personell werden die führenden Köpfe ausgeschaltet.

Mit beispielloser Rigorosität wird der Politikbereich Naturschutz erledigt. Der erfolgreiche Naturschutz aus den 90er Jahren unter dem Umweltminister Mathias Platzeck soll offensichtlich beseitigt werden. Ministerpräsident Dietmar Woidke sollte nicht zulassen, daß das Erbe seines Vorgängers als Umweltminister und Ministerpräsident zerschlagen wird.

FRIEDHELM SCHMITZ-JERSCH,
Vorsitzender NABU Brandenburg

Ein politischer Biertrinker über Flaschen

Um es gleich vorweg zu nehmen, hier wird nicht über bestimmte BRD-Politiker berichtet. Vielmehr geht es wirklich um Bier in Flaschen. Man erinnere sich noch an die DDR-Zeit. Es gab Bier in den Kaufhallen, aber es war meist kein Genuß, es zu trinken. Man mußte nach Berlin fahren, um ein gutes Bier zu genießen.

Auch sonst war es mit dem Bier problematisch. Es gab zwar eine Pfandregelung, wonach man einen Bierkasten bepfandete, aber die Praxis sah anders aus. Trotzdem funktionierte das Pfandsystem bei Bierflaschen. Wir tranken damals Bier aus so genannten Euro-Flaschen, die in den Farben braun und grün produziert wurden.

Nach dem Anschluß an die BRD gab es dann schmackhaftes Bier, beispielsweise Dortmunder Union Export in ebensolchen Flaschen. Aber die Freude währte nur kurz. Es kam bei der Dortmunder Union Brauerei für das Dortmunder Siegel Pils die schlanke NRW-Flasche zum Einsatz. Die Folge war, nicht jede Verkaufsstelle von Bier nahm jede Pfandflasche zurück. Man konnte nur dort die Flasche zurückgeben, wo man sie gekauft hatte. Trotzdem war die Entwicklung noch irgendwie ein Fortschritt, weil es zum Gegensatz zur DDR jetzt abwaschbare Bierkästen aus Plaste gab.

Aber wie mit allen Sachen – mit zunehmender Dauer der BRD-Zugehörigkeit – verschlechterte sich die Situation. Einige Brauereien führten eigens gestaltete aber standardisierte Bierkästen ein. Diese Bierkästen konnten dann nur noch von der ausgebenden Brauerei befüllt werden, und wurden somit nicht von allen Verkaufsstellen zurückgenommen. Übrigens, bis vor kurzem hatte auch die Berliner Pilsener Brauerei noch diese Bierkästen, bevor auch dort diese Spezialkästen im Einsatz waren.

Aber zurück zur Flasche, die NRW-Flasche wurde schon recht bald bei einigen Brauereien durch die Longneckbierflasche ersetzt. Es gab

nun schon drei verschiedene Flaschentypen in den BRD-Brauereien. Jede BRD-Brauerei konnte aber von den dreien nur einen Flaschentyp verarbeiten. Die neuesten Ausstattungen von Bierflaschen sind nun Embossings. Das sind spezielle Prägungen in der Flasche, die auf die abfüllende Brauerei hinweisen. Damit wird der Abfüllvorgang aufwändiger, weil die Bierflasche beim Etikettieren genau ausgerichtet sein muß. Schlimmer ist jedoch, daß Bierflaschen mit Embossings nur noch in der befüllenden Brauerei verwendet werden.

Beispielsweise bedeutet das, eine Flasche Radeberger, die in Flensburg oder Konstanz verkauft wurde, kann, falls die Pfandrücknahme erfolgreich war, nur in Radeberg wieder befüllt werden. Dadurch werden zusätzliche Transporte im Straßenverkehr und damit zusätzliche Energieverschwendung und Luftverschmutzung notwendig. Eine weitere Konsequenz ist, die Energiebilanz für Mehrwegverpackungen wird im Vergleich zu Einwegverpackungen schlechter. Schlußfolgerung: Einwegverpackungen werden im Vergleich zunehmend ökologisch besser, die Glasindustrie kann dann mehr produzieren, mehr Energie verschwenden, die dann nicht nur die Biertrinker, sondern alle Haushalte über die Stromrechnung bezahlen.

Hier sieht man deutlich wie BRD-Politik funktioniert. Das Bier wird, nach der Information auf dem Etikett, entsprechend dem Deutschen Einheitsgebot gebraut. Nun geht es nach folgender Regel, wenn nun schon in allen Flaschen das gleiche Fernsehbir drin ist, dann sollen sich wenigstens die Flaschen unterscheiden. So etwas nennt man in der BRD-Wettbewerb. Dabei ist bekannt, daß Wettbewerb den Bürgern nur schadet. Wenn die BRD-Regierung das merkel sollte, dann wird wie üblich das Problem durch dummes Gequatsche als gelöst betrachtet.

Dr. ULRICH POFAHL

»Meckern ist leicht«

Wie es heißt, wurde die Stelle für den Immissionsschutz ausgeschrieben, aber es habe sich keine qualifizierte Kraft gemeldet. Deshalb mußte Minister Vogelsänger auf seine bewährte Fachkraft im Naturschutz zurückgreifen. Zwei Tage nachdem die Nachricht durch die Presse ging, verschlug es unseren Leser HARTMUT LINDNER ins Café Einstein. Rein zufällig hörte er das Gespräch am Nachbartisch mit. Dort saß der brave SCHWEYK beim Bier und redete mit der taz-Redakteurin:

Versetzen Sie sich einmal in die Lage des Ministers! Der Mann steckt eben ganz schön in der Klemme. Er muß ja dafür sorgen, daß die Stellen besetzt werden. Was soll er tun, wenn sich keiner auf die Ausschreibung meldet?

Ich jedenfalls bin froh, daß ich nicht in seiner Haut stecke. Meckern ist leicht, aber entscheiden, gerade, wenn das Gelände schwierig und vermint ist... Ich denke schon, daß sich der Steffen loyal verhalten und die Kröte schlucken wird. Der Mann ist ja kein Prozeßhansel, wie andere Bedienstete oder Bediente und er weiß am besten, daß in Brandenburg auch die geschluckten Kröten noch unter Naturschutz stehen, da hat er wahrscheinlich seinerzeit selbst dafür gesorgt, für diese Schutzvorschrift, sie sind also bei ihm gut aufgehoben.

Also, kein Grund zur Aufregung.

Der Minister selbst versichert, daß er sehr wohl wisse, daß der Naturschutz kein Investitionshindernis ist, jedenfalls nicht in Brandenburg. Er hat aber so seine Zweifel, ob das auch die Investoren wissen. Also schon der Eindruck, daß er ein Investitionshindernis sein könnte, wirkt sich investitionshindernd aus. Das Kapital ist ein scheues Reh. Sehen Sie, sagt er, da schlägt der wohlgesetzte Konjunktiv unversehens in den Indikativ um, wenn Sie mir folgen können und da mußte ich handeln. Ja, manchmal gibt es keine Alternative, das weiß ja unsere Kanzlerin auch. Daher kommt doch das ganze Elend. Wie lange das noch gut geht? Ich weiß es nicht. Das sagt der Minister, ganz offenerherzig und ohne falsche Bescheidenheit.

Bevölkerungswachstum

Eberswalde (bbp). Die Einwohnerzahl der Stadt Eberswalde erhöhte sich im Jahr 2016 um 582 auf nunmehr 41.134. Zu verdanken ist das vor allem den 3.074 Zuzügen, denen 2.357 Wegzüge gegenüberstehen. Aus eigener Kraft können die Eberswalder ihre Zahl nicht beibehalten. Den 387 Geburten standen 522 Sterbefälle gegenüber. Die gestiegene Bevölkerungszahl ist fast ausschließlich dem Zuzug von Ausländern zu verdanken, im Saldo 572, während der deutsche Bevölkerungsteil immerhin 10 Personen zum Positivsaldo beisteuerte. Den 1.324 Zuzügen stehen bei Ausländern 789 Wegzüge gegenüber. Und auch deren Geburtensaldo ist positiv. Bei 6 Sterbefällen kamen 43 Kinder als Neu-Eberswalder zur Welt.

Eine beeindruckende künstlerische Darstellung des berühmten *Milgram Experiments* ist in dem politischen Kriminalfilm »I wie Ikarus« von dem französischen Regisseur HENRI VERNEUIL aus dem Jahr 1979 mit dem Schauspieler YVES MONTAND in der Hauptrolle zu sehen.

In diesem Film geht es um den Mord an dem Präsidenten eines imaginären Staates, der so ähnlich ablief wie der Mord an dem US-Präsidenten John F. Kennedy. Das *Milgram Experiment* ist in diesen Spielfilm eingebaut.

Es geht um die folgende Vorgehensweise: Ein Versuchsleiter hat zwei zufällige Testpersonen ausgesucht. Durch eine in Wirklichkeit manipulierte Auslösung soll eine Person den Schüler darstellen, während die andere als Lehrer auftritt. Beide Personen werden dann auf Stühlen platziert. Der Schüler wird auf einem Stuhl, der dem elektrischen Stuhl aus der US Justiz ähnelt, angeschnallt und mit Elektroden verbunden, und der Lehrer sitzt auf ei-

Das Milgram Experiment

von Dr. Ulrich Pofahl

Wie in der Januar-Ausgabe angekündigt, soll es diesmal um das Experiment gehen, mit dem der US-amerikanische Sozialpsychologe STANLEY MILGRAM (1933 – 1984) bekannt wurde und das seinen Namen trägt.

nem Stuhl, an dem ein Pult mit Schaltknöpfen vorhanden ist. Der Lehrer stellt nun unter Aufsicht des Versuchsleiters dem Schüler Fragen. Sollten diese falsch beantwortet werden, so erhält der Schüler einen Stromschlag, gewissermaßen als Bestrafung. Die Spannung der Stromschläge wird dann im Laufe des Experiments nach jeder falsch beantworteten Frage gesteigert. Der Versuchsleiter sagt dem Lehrer, daß er feststellen will, wie die Schmerzen nach dem erlittenen Stromschlag die Merkfähigkeit des Schülers beeinflussen.

In Wirklichkeit gab es keine Kabelverbindung zwischen dem Schaltpult und den Elek-

troden am Schüler. Der Schüler, ein gut ausgebildeter Schauspieler, erlitt bei diesem Experiment keine Schmerzen. Er stellte aber nach jedem Stromschlag heftige Schmerzen dar, bat um das Losbinden vom Stuhl und um Abbruch des Experiments. Der Versuchsleiter forderte aber: Weitermachen, und sagte, er übernehme die Verantwortung.

Milgram testete so 40 Lehrer. Nur 14 von ihnen brachen das Experiment ab, 26 gingen bis zur maximal eingestellten Spannung. Ziel dieses Experiments war, die Unterordnung des Lehrers, der die eigentliche Versuchsperson war, zu dem Versuchsleiter zu erforschen.

Ein paar Tage, nachdem die Kanzlerin die Memoiren ihres Amtsvorgängers, der heute sein karges Brot als Berater eines russischen Superkonzerns verdient, vorgestellt und damit das Kriegsbeil in der leidigen Schröderangelegenheit begraben hatte, brachte der langjährige Ministerpräsident Sachsens Kurt Biedenkopf seine Erinnerungen auf den Markt. Rechtzeitig, knapp vor Beginn der Buchmesse. König Kurt, wie er sich gern von seinen lieben Sachsen nennen ließ, berichtet in Form eines Tagebuchs über die Zeit zwischen seiner Berufung an die Leipziger Universität und seinem Abschied aus der Landespolitik, der nicht so ganz aus eigenem Antrieb erfolgte.

Sensationen kommen im Buch nicht vor, und die in Texten dieser Art übliche Eitelkeit des Verfassers hält sich in Grenzen, und wenn doch, was nicht selten ist, von den großartigen Verdiensten des Mannes ums Sachsenland die Rede ist, läßt der gewiefte Auskenner andere reden. Seinen Büroleiter, den Mann von der Straße und seinen ehemaligen Kontrahenten Helmut Kohl.

Es geht vor allem um den Alltag im politischen Geschäft, um große Empfänge und kleine Intrigen und um »Kaderfragen«.

Den naiven Leser verblüfft es, wenn in Vier-Augen-Gesprächen über Posten und die charakterliche Eignung potentieller Kandidaten gesprochen wird, als diskutierten Theaterleute über die Rollenbesetzung der nächsten Inszenierung, wäre doch zu vermuten, daß Prinzipien demokratischen Entscheidens entscheidend sind...

Daß Biedenkopf ernsthaft bemüht war, die übelsten Aktionen der Treuhand zumindest zu mildern, stellt er glaubhaft dar, und zu glauben ist ihm auch, daß er die Sorgen der kleinen Leute nachvollziehen konnte und

Aus dem Leben der BIKOs...

sich, je nach Abwägung seiner Möglichkeiten, das eine oder andere Mal zu deren Sprecher machte.

Daß er – beiläufig – von seiner Jacht, seiner noblen Herberge im Dresdner Reichenviertel und einem mal eben zu bauenden Haus so schreibt, wie andere Leut es täten, möchte es um ein Paddelboot oder eine neue Dreizimmerwohnung gehen, sei ihm nachgesehen – für andere im Politgeschäft sind das Lächerlichkeiten.

Zwei Damen sind es, von denen die eine einmal, aber sehr devot und bewunderlich, die andere leitmotivisch immer wieder durch Erwähnung privilegiert werden. Es handelt sich um die Queen, mit der der kleine König von Sachsen offiziell zu tun bekam, und um seine Frau Ingrid, die sogenannte Landesmutter.

Von deren unbedarfter Tutteligkeit und ihrem wuseligen Biedersinn geistern noch heute allerlei Erzählchens durch den Freistaat, einige davon medial belegt. Als ein TV-Mensch sie einst auf die halbe Million ansprach, die aus Steuergeldern aufgebracht worden waren, um Kurtis 75. Geburtstag gebührend zu feiern, gab Ingrid kund und zu wissen, daß auch privat was zur großen Gala beigesteuert worden sei. Sechs der dort aufgetragenen Torten habe sie selbst gebacken!

Auch, wird gemunkelt, an der peinlichen IKEA-Sache habe sie ihren Anteil. Die Biedenkopfs hatten bei den Dresdner Schweden versucht, 3,20 DM Rabatt herauszuschinden.

Die Frau an des Königs Seite schrieb (oder ließ schreiben) ein sächsisches Kochbuch, das sich dank des Promi-Bonus gar prächtig

verkaufte, und ihr wurde ein Bürgerbüro installiert, in dem sie über viele Jahre quasi als Jammerkasten des ganzen freien Staates fungierte.

Alles legitim, alles okay, aber nicht ohne ein gewisses »Geschmäcke«, wie das auch inzwischen im Osten heißt.

Ein Gutteil der Tagebucheintragungen scheint nur dem Zweck zu dienen, was gewiß ein Zeichen dauerhafter Liebe ist, das Bild der Ex-First-Lady zurechtzurücken. Es zeugt von Aufrichtigkeit, wenn K.B. nicht ausläßt, daß durch das Plenum irgendeines besonders wichtigen Parteikonvents ein vorwürfiges Raunen ging, als Ingrid zum Rednerpult schwebte und ihn endlos abliebelte.

Nicht minder aufrichtig ist Biedenkopfs Urteil über den ehemaligen Innenminister Eggert, dessen Berufung er bereute. Der Mann, der nach der Wende Landrat in Zittau und Pfarrer Gnadenlos genannt wurde, nutzte sein neues Amt vorrangig zur Selbstinszenierung, giftete seine früheren Ärzte als Stasileute an, ließ sich näher mit einem farbigen Jugendlichen ein und stolperte über eine (unbewiesene) Belästigung zweier Mitarbeiter. Bis heute ist der schillernde Typ nicht zu bremsen, wenn ihm jemand ein Mikro vor die Nase hält.

Biedenkopf ertappte Eggert quasi im Vorbeifahren. Mit Blaulicht und Eskorte ramelte der über die Autobahn, was den verblüfften Wessi Biedenkopf an das Gebahren der Wandlitzer erinnerte.

Alles in allem – es gibt märchenhaftere Memoiren.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Gesundheit vor Ort – Alles bestens in Bernau?

Zu diesem Thema lud die Bernauer Linksfraktion in den AWO-Treff An der Stadtmauer ein.

Können in Bernau alle den richtigen Arzt schnell erreichen? Theoretisch ja – wenn man die Statistik der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg bemüht, so Dr. Hildegard Bossmann, die die öffentliche Debatte der Fraktion eröffnete. Danach ist Bernau mit Ärzten unterschiedlicher Fachrichtungen, u. a. mit 30 Praxen für Allgemeinmedizin und Inneres, mit jeweils 3 Augen- und HNO-Praxen, 23 Zahnarztpraxen, einem Krankenhaus mit medizinischer Grundversorgung und spezialisiertem Herzzentrum gut aufgestellt.

In der Praxis erleben es die Patienten jedoch oft anders. Auch in Bernau muß man auf Facharzttermine meist Monate warten. Es gibt nur zwei Kinderärzte in Bernau. Erwachsene und Kinder mit Beeinträchtigungen, so BIRGIT LEMBKE-STEINKOPF, Mitglied des Behindertenbeirates, finden in Bernau überhaupt keine Spezialisten. Zudem sind die meisten Praxen im Stadtzentrum konzentriert. Wer in den Ortsteilen lebt, für den ist es schon schwierig, den Arzt überhaupt oder schnell genug zu erreichen, so die Anmerkung einer Einwohnerin aus der Waldsiedlung.

Wer neu nach Bernau zieht – und das waren in den vergangenen Jahren mehrere Tausend Menschen, hat Schwierigkeiten, einen Hausarzt zu finden, weil die Praxen keine neuen Patienten mehr annehmen, hieß es aus der Runde. Die derzeitigen Planungen für Bernau ge-

hen jedoch auch weiterhin von einer ausreichenden Versorgung aus.

Was kann die Kommune tun, um diese Situation zu verbessern, wurde der Bürgermeister angefragt.

»Die Stadt selbst«, so ANDRÉ STAHL, »kann bei der Niederlassungsfreiheit der Ärzte im heutigen Gesundheitswesen nicht direkt die Anstellung von Ärzten verordnen. Wir können nur städtebauliche Voraussetzungen dafür schaffen, daß Ärzte sich hier ansiedeln.« Das sei mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WOBAU auch bereits gelungen, die in den letzten Jahren bei den Neubauten in der Breitscheidstraße und der Bahnhofstraße neben Wohnungen auch Praxisräume für Ärzte und medizinische Einrichtungen geschaffen habe.

»Diesen Weg werden wir weiter gehen«, so der Bürgermeister. Denn Bernau wachse weiter und da brauche es neben Wohnungen auch soziale Infrastruktur und weitere gesundheitliche Versorgung.

Die Niederlassung von ambulanten Ärzten erfolge jedoch ausschließlich über die Kassenärztliche Vereinigung. »Wir versuchen da, wo es Brennpunkte gibt wie z. B. in der Waldsiedlung«, so Stahl weiter, »durch Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Lösungen zu finden.« Soweit ihm bekannt sei, ist für die im Ahornhof vorgesehenen Praxisräume eine halbe Arztstelle durch die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg ausgeschrieben. Es könnte jetzt ein Arzt oder eine Ärztin einen Antrag auf Zulassung dieser Praxis stellen.

Gesundheit ist in Bernau ein Wirtschaftsfaktor. Rund 6.000 Menschen arbeiten hier in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, im Krankenhaus und Herzzentrum, bei niedergelassenen Ärzten und Therapeuten. Das Immanuel Klinikum, Herzzentrum Bernau erhielt in den

vergangenen 25 Jahren 70,5 Millionen Euro für Investitionen vom Land Brandenburg, so KERSTIN KÜHN, die Direktkandidatin der Linken für den Bundestagswahlkreis. Von 1991 bis 2014 vergab das Land insgesamt 4 Milliarden Euro an Zuschüssen. Dies spiegelte sich im Neubau und auch in einer verbesserten Ausstattung der Kliniken wieder, die den Patienten zugute komme.

Auch für die nächsten fünf Jahre werden mindestens 400 Millionen Euro für Investitionen in Kliniken in Brandenburg bereitgestellt und zusätzlich stünden 30,3 Millionen Euro für einen zukunftssicheren Umbau oder die Einrichtung von ambulant-stationären Versorgungszentren zur Verfügung.

Die Linke kritisierte jedoch die seit Jahren unzureichende Finanzierung der Personal- und Sachkosten der Kliniken durch die Krankenkassen. Die Bundesregierung sei in der Pflicht, hier Fehler im Vergütungssystem durch Gesetzesänderungen abzustellen. Nur dadurch seien die Unterfinanzierung beim Pflegepersonal und damit der Pflegenotstand in den Kliniken zu beheben.

Wofür wird das Geld verwendet? IRENE KÖPPE, sachkundige Einwohnerin bei der Linksfraktion Bernau, konnte wichtige Zusammenhänge darüber, wie das Geld der Versicherten durch die Krankenkassen verwaltet und verwendet wird, erläutern. Sie plädierte dafür, eine einheitliche solidarische Bürgerversicherung einzuführen, in die alle – und zwar ohne Beitragsbemessungsgrenze – einzahlen. Ein Berechnungsbeispiel zeigte dies eindrücklich. Nur so könne der Wettbewerb der Kassen um zahlungskräftige Mitglieder beendet und eine solidarische Gesundheitsversorgung für die Zukunft gesichert werden.

MARGOT ZIEMANN (Text und Foto)



Kerstin Kühn, Direktkandidatin für die Bundestagswahl (MOL/Barnim II) spricht über die Gesundheitspolitik in Land und Bund.

Kreiswerke zum Wohl der Bürger

... diese Botschaft von Barnimer Politikern hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Größer, das bedeutet nicht automatisch kostengünstiger für die Bürger.

So lag schon bisher den Bernauer Verantwortlichen das Wohlergehen ihrer Stadtwerke GmbH besonders stark am Herzen. Sie sorgten für ein hohes und intransparentes Geschäftsbesorgerentgelt, das der Wasser- und Abwasserverband »Panke Finow« an die Stadtwerke Bernau zahlen muß, finanziert über hohe Gebühren der Bürger, obwohl man zusätzlich Anschlußbeiträge verlangt. Transparenz und ausreichende Beteiligung sachkundiger Bürger wären u.a. notwendige Voraussetzungen, daß

Kreiswerke vor allem den Bürgern und nicht der besseren Finanzierung der dominanten großen Kommunen dienen. Beim Wasser und Abwasser werden vielerorts – mehr oder weniger transparent – Gewinne an die Stadtkassen abgeführt, in Berlin jährlich rund 100 Millionen. Beteuerungen der Verantwortlichen, man arbeite nur kostendeckend, empfinden dann die betroffenen Bürger als blanken Hohn.

Und was haben eigentlich Befürworter von Kreiswerken getan, um die bisherige Explosion der Strompreise zu verhindern? Mir fällt da nichts ein. Dabei könnten zeitweilige Überkapazitäten – wenn Wind und Sonne gemeinsam arbeiten – den Bürgern als Billigstrom über in-

telligente Stromzähler zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Diese Zähler rechnen sich aber wegen der hohen Fixkosten noch nicht einmal für Durchschnittshaushalte, könnten bei sprudelnden Steuereinnahmen aber problemlos gefördert werden.

Stattdessen läßt eine Mehrheit von Politikern lieber die Bürger auch noch für den Stillstand von Windrädern zahlen. Würde es sich durch entsprechende Förderprogramme für jeden deutschen Haushalt rechnen, mit Billigstrom große Warmwasserspeicher aufzuheizen, könnten Überkapazitäten im Terrawattstundenbereich sinnvoll genutzt werden. Daran haben aber offensichtlich weder die Wirtschaft noch eine Mehrheit an Politikern irgendein Interesse.

Dr. VOLKER NITZSCHE

Wandertips

von BERND MÜLLER

Mitgliederversammlung

NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V.

Sonntag, 4. Februar, 14 Uhr, Danckelmannstr. 28, 16259 Bad Freienwalde

Über die Freienwalder Karpaten

Sonntag, 12. Februar: Mit Klaus Schluchter über die Karpaten von Bad Freienwalde, 7 km

Dabei werden einige nicht so bekannte Orte aufgesucht. Kaffee- und Kuchenrast wird an der Köhlerei eingelegt.

Treff: 12.30 Uhr Touristinformation (gegenüber Kirche), Uchtenhagenstraße 3, 16259 Bad Freienwalde

Die alte Burg am Sparrenbusch

Sonntag, 19. Februar: Ein Spaziergang mit Sagen, Geschichten und Geschichte, 1,5 km

Der Vorsitzende des Vereins NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. Bernd Müller führt alle Interessenten gerne über das Plateau. Etappen: Traumzauberbaum, Gedenkstein, russische Sauna, Karpfenteich, Bunker, alte Burg, Schwimmbad, Dornröschenschloß.

Kaffee und Kuchen am Ende der Führung.

Treff: 13.30 Uhr NaturFreunde, Danckelmannstraße 28, 16259 Bad Freienwalde
Gebühren: Erwachsene 2 Euro, ermäßigt 1 Euro

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

»Bürgeraustausch«

Wir, die Initiatoren der 1. EWFK (Februar 2016) haben mit unseren Aktivitäten im letzten Jahr engagierte Mitstreiter für unser Bestreben die Welt friedvoller zu machen gefunden. Drei der Initiatoren und neue Friedensfreunde waren auf der Suche nach echten und friedlichen Alternativen zur gegenwärtigen Politik. Diese fanden wir gemeinsam in einer neuen Partei: Die »Deutsche Mitte« – Politik geht anders! Nun wollen wir diese Partei in unserer Umgebung bekannt machen und suchen nach weiteren Unterstützern. Zu diesem Zweck treffen wir uns am 7.2.17 um 18 Uhr im Café Venezia, Leibnitzstraße 1, in Eberswalde.

Interessierte, neugierige, tatkräftige Menschen sind gerne eingeladen. Wir wollen bis ca. 21 Uhr zusammen mit Ihnen diskutieren. Unter anderem unsere Beweggründe für die Entscheidung, uns entgegen vorheriger Einstellungen nun doch parteiell einzubringen, erläutern, die Partei kurz vorstellen und Aktivitäten für die Zukunft überlegen.

An dieser Stelle möchten wir uns vorab beim »Café Venezia« bedanken, das ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hat und den Verzehr von Speisen und Getränken an diesem Abend ermöglicht.

TINO TAUBE

45 Jahre Berufsverbot in der BRD

Die Forderung nach einer Rehabilitierung der Betroffenen und die Warnung vor weiterem Demokratieabbau, die vor 15 Jahren von Betroffenen formuliert wurden, sind immer noch aktuell. Unser Leser HARTMUT LINDNER übermittelte uns den Aufruf anlässlich der 30jährigen Wiederkehr des »Radikalenerlasses«, den im Januar 2002 zahlreiche Betroffene unterzeichneten. Mit den Berufsverboten der 70er und 80er Jahre wurden in der alten BRD – zum Teil unter SPD-Regierung – die Kommunistenverfolgungen der 50er und 60er Jahre fortgesetzt.

Am 28. Januar 1972 beschloß die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten »Radikalenerlaß«: Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten »Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten«, aus dem Öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden. Mithilfe der »Regelanfrage« wurden etwa 3,5 Millionen Bewerber und Anwärter vom Verfassungsschutz auf ihre politische Zuverlässigkeit durchleuchtet. In der Folge kam es zu 11.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen von Bewerbern und 265 Entlassungen. Formell richtete sich der Erlaß gegen »Links- und Rechtsextremisten«, in der Praxis traf er vor allem Linke: Mitglieder der nicht verbotenen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und anderer linker Gruppierungen, von Friedensorganisationen bis hin zu SPD-nahen Studentenorganisationen. Mit dem verfassungsfremden Kampfbegriff der Verfassungfeindlichkeit wurden mißliebige und systemkritische Organisationen und Personen an den Rand der Legalität gerückt, wurde die Ausübung von Grundrechten wie das der Meinungs- und Organisationsfreiheit bedroht und bestraft.

Der Radikalenerlaß führte zum Berufsverbot für tausende von Lehrern, Lehramtsbewerbern, Sozialarbeitern, Briefträgern, Lokführern und Juristen. Bis weit in die 80er Jahre vergiftete die staatlich betriebene Jagd auf vermeintliche »Radikale« das politische Klima. Der Radikalenerlaß führte zur Einschüchterung nicht nur der aktiven Linken. Die existentielle Bedrohung durch die Verweigerung des erlernten oder bereits ausgeübten Berufes diente der Unterdrückung und Einschüchterung von außerparlamentarischen Bewegungen insgesamt.

Kollwitz 2017 – Zum 150. Geburtstag

2017 jährt sich der 150. Geburtstag von Käthe Kollwitz. Das Käthe-Kollwitz-Museum Berlin (Fasanenstr. 24, 10719 Berlin-Charlottenburg) wird das Jubiläum dieser wohl bedeutendsten deutschen Künstlerin am 8. Juli 2017 sowohl in Berlin als auch in ihrem Geburtsort Königsberg (heute Kaliningrad/Rußland) feiern. Ein Termin zum Vormerken!

Das Kollwitz-Museum begeht das Jubiläumsjahr 2017 mit einem besonders anspruchsvollen Programm. Die große Geburtstagsausstellung »Käthe Kollwitz und ihre Freunde« öffnet am 25. Juni. Bereits im Vorfeld startet dazu das

Statt Zivilcourage wurde Duckmäsertum gefördert.

Erst Ende der 80er Jahre zogen sozialdemokratisch geführte Landesregierungen die Konsequenz aus dem von Willy Brandt selbst eingeräumten »Irrtum« und schafften die entsprechenden Erlasse in ihren Ländern ab. Einige der früher abgewiesenen oder entlassenen Anwärter oder Beamten wurden – meist als Angestellte – übernommen. Viele mußten sich nach zermürenden und jahrelangen Prozessen beruflich anderweitig orientieren. Ein öffentliches Eingeständnis, daß der Radikalenerlaß tausende von Menschen die berufliche Perspektive genommen und sie in schwerwiegende Existenzprobleme gestürzt hatte, unterblieb. Eine materielle, moralische und politische Rehabilitierung der Betroffenen fand nicht statt.

Eine politische Auseinandersetzung über die schwerwiegende Beschädigung der demokratischen Kultur durch die Berufsverbotspolitik steht bis heute aus. Sie wäre heute dringlicher denn je. Die derzeit geschnürten »Sicherheitspakete« beinhalten die Gefahr, daß erneut unter einem Vorwand – dieses Mal der Bekämpfung des Terrorismus – wesentliche demokratische Rechte eingeschränkt werden. Erneut können kritische Personen und Bewegungen ausgegrenzt und an den Rand der Legalität gedrängt werden.

Der Radikalenerlaß und die ihn stützende Rechtsprechung bleiben juristisches, politisches und menschliches Unrecht. Wir, Betroffene des Radikalenerlasses der 70er und 80er Jahre, fordern von den Verantwortlichen in Verwaltung und Justiz, in Bund und Ländern unsere vollständige Rehabilitierung. Wir fordern die Herausgabe und Vernichtung der Verfassungsschutzakten, wir verlangen die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.

museumspädagogische Begleitprogramm »Ein Koffer für Käthe«.

Die erste von zwei weiteren Sonderausstellungen wird vom 27. Februar bis zum 1. Mai zu sehen sein: Ein Jahr Heimat – Foto- und Film-ausstellung von LORENZ KIENZLE und OMAR AKAHARE.

Sich mit Käthe Kollwitz zu beschäftigen, macht uns reicher und hilft uns zugleich, unsere Gegenwart besser zu verstehen. Kaum zu glauben, daß ihr Geburtstag schon 150 Jahre zurückliegt.

Dr. IRIS BERNDT

Der typische Einwanderer ist Pole Kooperationsfortschritte

Die deutsche Alterspyramide steht auf dem Kopf. Die größte Gruppe der Bevölkerung sind die 40-60jährigen. Seit den 60er Jahren ist die Geburtenrate um fast ein Drittel zurückgegangen. Würde es die Kinder der Migranten nicht geben, wäre es ein Absturz um zwei Drittel. Damit ist es für heutige Schulkinder selbstverständlich, mit einem großen Anteil Gleichaltriger aufzuwachsen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Außer in Ostdeutschland.

Ein Fünftel unserer Mitmenschen haben einen Migrationshintergrund. Angeführt von den Türken sind es vor allem Nachbarn aus Polen, Rußland, Italien, Rumänien und Kasachstan. Darunter sind viele deutschstämmige Aussiedler und viele Deutsche, die hier geboren sind, aber ausländische Eltern haben.

Rechnet man Zuzüge gegen Fortzüge auf, bekommen wir deutliche Gewinne aus Polen und Osteuropa sowie von Italien und Griechenland, während Türken verstärkt in ihre Heimat zurückkehren. Deutliche monatliche Schwankungen gibt es bei Zuzügen aus Polen, Rumänien und Bulgarien, die sich besonders in den Sommermonaten anmelden.

Die größte Gruppe der Abwanderer sind die Deutschen, die auch insgesamt einen negativen Saldo verzeichnen. Da steht Deutschland aber im europäischen Vergleich nicht alleine da. In Großbritannien und Frankreich sind die

Zahlen für Inländer weit höher. Es ergibt sich für Europa eine Tendenz der stärkeren Vermischung der Nationen.

Das spiegelt sich auch im Bildungsbereich wider. Immer mehr Deutsche studieren im Ausland, wobei Österreich, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und die Schweiz am beliebtesten sind. Umgekehrt kommen vor allem junge Menschen aus China, Frankreich, Spanien, den Vereinigten Staaten und Indien gerne zum Studium nach Deutschland. Viele von ihnen möchten und können im Anschluß eine Erwerbstätigkeit in Deutschland aufnehmen. Die gleichen Chancen haben deutsche Studierende im Ausland. Über 5000 Deutsche studierten 2011 in China, Tendenz steigend.

Schaut man sich die große Tabelle der Aufenthaltsgenehmigungen an, fallen einem besonders die vielen Studenten aus China auf, die Flüchtlinge aus Syrien und die familiären Gründe, besonders bei Russen, Türken und Kosovaren. Die meisten akzeptierten Erwerbsnehmer kommen aus den USA, aus Indien, aus China, vom Balkan und aus Japan.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der typische Einwanderer war ein Pole, oft ein Saisonarbeiter. Und die typische Einwanderin kommt aus der Ukraine, Belorußland oder Thailand.

JÜRGEN GRAMZOW

Zonenboys mit neuem Vorsitzenden

Am 17. Dezember 2016 trafen sich die Zonenboys Eberswalde e.V. zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung, diesmal im Seminarhaus Schorfheide in Althüttendorf. Neben der Auswertung des vergangenen Sport- und Vereinsjahres stand die Planung für das Jahr 2017 sowie die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung. Bereits 2015 informierte

Der bisherige Zonenboys-Vorsitzende ROBIN MÜHLBERG hatte die Mitglieder des Vereins bereits 2015 darüber informiert, daß er aus beruflichen Gründen für eine dritte Amtszeit nicht zur Verfügung stehen würde. Die Mitglieder des Vereins hatten also ein Jahr Zeit, sich Gedanken über ihren neuen Vorsitzenden zu machen. Sie einigten sich auf PHILIPP MEICHNER (Foto), der einstimmig zum neuen Zonenboys-Vorsitzenden gewählt wurde.

In seiner Antrittsrede lobte der neue Vorsitzende die Arbeit seines Vorgängers. In die großen Fußstapfen, die Robin Mühlberg hinterläßt, müsse er nun erst einmal hineinwachsen. Auf Mühlbergs Erfahrung und Hilfsbereitschaft muß der Verein aber auch in Zukunft nicht gänzlich verzichten. So wird er auch weiterhin die Arbeit des Völkerball-Orga-Teams anführen. Dies ist eine Herzensangelegenheit des scheidenden Vorsitzenden, der seit dem ersten Völkerballturnier der Toleranz maßgeblich an der Entwicklung des Turniers beteiligt war.

In den Vereinsvorstand wurden neben dem neuen Vorsitzenden der Stellvertreter MIRKO WOLFGRAMM und Kassenwart PHILIPP BIEBER in den Vorstand wiedergewählt. Mirko Wolfram wird zudem weiterhin die Geschäftsführung des Vereins innehaben. Neue Kassenprüfer des Vereins sind SEBASTIAN FENSKE und RENÉ MUCHOW.



Neben einem ausführlichen Rückblick auf das vergangene Jahr mit der 15-Jahrfeier des Vereins als Highlight wurde auch ein Ausblick auf das Sportjahr 2017 gewagt. Bereits jetzt steht fest, daß Zonenboys Teams erneut am Barnimer Eisstockcup teilnehmen werden und erneut die Brandenburgische Landesmeisterschaft im Beachhandball vom Verein organisiert werden soll. Der Termin des Völkerballturniers der Toleranz wurde ebenfalls angekündigt. Am 29.04.2017 wird das Turnier in der Sporthalle des SV Motor Eberswalde in seine nunmehr 7. Auflage gehen.

Zonenboys Eberswalde e.V.

In der BARNIMER BÜRGERPOST schreiben seit mehr als zwanzig Jahren Leser für Leser. Die Autorinnen und Autoren unserer unabhängigen Leserzeitung wissen genau, was ankommt. Seit Jahren steigt das Interesse an authentischen lokalen und politischen Themen. So verwundert es kaum, daß Monat für Monat mehr Manuskripte bei der Redaktion eintreffen, als auf 16 Seiten gedruckt werden können.

Diesen erfreulichen Umstand nehmen wir zum Anlaß, um unsere Autoren zu bitten, mehr Verantwortung für inhaltliche und formale Aufgaben zu übernehmen. Durch eine bessere Kooperation soll der Platz in unserer Zeitung auch zukünftig für alle Autoren und Texte reichen und die Vielfalt der Auffassungen widerspiegeln.

Wie Sie wissen, machen wir zu inhaltlichen und formalen Aspekten der Texte aus gutem Grund keine Vorgaben, die über unsere jährlich im Januar veröffentlichten Publizistischen Grundsätze hinausgehen. Dort haben wir als Verein unsere humanistische Grundhaltung und die daraus folgenden inhaltlichen Grenzen festgeschrieben. Für alles andere steht die BARNIMER BÜRGERPOST offen. Aus den unterschiedlichen Auffassungen und Interessen der Autoren ergeben sich immer wieder neue Aspekte. Darin begründet sich unser Erfolg. Mit ein paar einfachen Maßnahmen läßt sich unsere Zusammenarbeit verbessern.

Denken Sie einfach immer auch bewußt an die anderen Autoren. Mit diesem Verständnis lassen sich Inhalt und Umfang der Texte leichter aufeinander abstimmen. Ihre Texte reichen von kurzen Mitteilungen und Berichten über politische Erklärungen, Glossen, Gedichte bis hin zu umfangreicheren philosophischen oder historischen Abhandlungen und vielem mehr. Daraus ergeben sich nach Genre klassifizierte Beiträge, die jeweils eine unterschiedliche Textlänge zur Folge haben.

Mitteilungen und Erklärungen sind naturgemäß kürzer als Veranstaltungsberichte oder historische Darstellungen. Eine Autorin liebt den Humor und der andere Autor beschäftigt sich gern mit Mathematik. Mit ein bißchen Übung können Sie diese Einordnung, zu welchem Typ Ihr neuester Artikel gehört, selber vornehmen. Vergleichen Sie den Umfang Ihres Manuskripts mit den üblichen dieses Typs in der Zeitung. Überlegen Sie, wieviel Platz Ihr Artikel beanspruchen soll. Berücksichtigen Sie dabei, daß unsere Zeitung in drei Spalten gesetzt wird und jeder Text in eine oder mehrere Spalten bzw. einem Teil davon passen muß.

Mit diesem Wissen über den eigenen Artikel gelingt auch die Feinarbeit an der Wortwahl, dem Ausdruck, der Satzstellung, den Pointen und so weiter. Sie können den von Ihnen vorbestimmten Umfang Ihres Textes am besten selbst erreichen. Schreiben Sie so, daß auch für andere Autoren noch Platz bleibt. Wir verlassen uns auf Sie.

Dr. MANFRED PFAFF und GERD MARKMANN

Kino im Heidekrug: **Paddington & Paterson**

Kinderkino in den Winterferien gibt es am Freitag, dem 3. Februar, um 9.30 Uhr im KULTURHAUS HEIDEKRUG in der Brunoldstraße 1 in Joachimsthal. Der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 zeigt den Film PADDINGTON (Länge: 91 Minuten, FSK: 0). Eintritt 2 Euro.

Eine Woche später, am 10. Februar um 19.30 Uhr, folgt Kommunales Kino für Erwachsene. PATERSON heißt der neue Film von Jim Jarmusch (USA, 2016, Länge: 118 Minuten, FSK: 0). Der Eintritt kostet 6 Euro.

Weitere Informationen zum Kulturhausprogramm finden Sie auf unserer Website <http://heidekrug.org/>.

GISBERT AMM

Rentensprechstunde

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Rentnerinitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden einmal monatlich, am 2. Mittwoch im Monat, im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt. Der nächste Termin ist am 8. Februar, 10 bis 12 Uhr.

ANDREA HOEHNE

Nach Redaktionsschluß: **Gütetermin verschoben**

Eberswalde (bbp). Der 1. Gütetermin im Arbeitsrechtstreit des Ende vorigen Jahres fristlos gekündigten Sozial- und Kulturdezernenten sowie bis dahin stellvertretenden Bürgermeisters BELLAY GATZLAFF gegen die Stadt Eberswalde ist erneut verschoben worden. Neuer Termin ist Dienstag, der 14. Februar, um 13 Uhr, im Arbeitsgericht Eberswalde im Gelände des Landesbehördenzentrum in Südend.

Insider gehen davon aus, daß der Gütetermin am 14. Februar schnell zu Ende gehen wird. Anscheinend ist die Stadt Eberswalde nicht an einer gütlichen, geräuscharmen und insbesondere für die Stadt finanziell sparsamen Einigung interessiert. Demgegenüber ist der Kläger offenbar daran interessiert, auch nach der fristgerechten Kündigung zum 30. Juni 2017 in der Stadtverwaltung oder einem der Tochterunternehmen eine angemessene Beschäftigung zu finden.

Die Güteverhandlung wird im Kleinen Verhandlungssaal stattfinden. Den Vorsitz der zuständigen 4. Kammer des Arbeitsgerichtes hat laut Geschäftsverteilungsplan 2017 der Richter André von Ossowski inne.

Kretschmann/Behm: Mulch total, 5. Auflage

Die langerwartete Neuauflage des Klassikers von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm in überarbeiteter und deutlich erweiterter Fassung wird voraussichtlich im März 2017 in die Buchhandlungen kommen.

Buchtip:



Das kleine Büchlein des Eberswalder Freizeit-Schreibers Jürgen Gramzow vereint eine große Anzahl von Miniaturstücken über Eberswalde, die Natur und das Leben. Viele davon sind in der BARNIMER BÜRGERPOST und im Kiez-Magazin MAXE oder auf dessen Webseite WWW.MAXE-EBERSWALDE.DE seit 2012 erschienen. Die wunderbaren Kurzgeschichten, gut vierzig an der Zahl, eignen sich als entspannende Lektüre im Garten oder auf dem Balkon oder... Auch als besonderes Geschenk an Verwandte und Bekannte, denen man die Barnimer Heimat (wieder) näherbringen möchte, ist das Büchlein mehr als geeignet.

Das Buch gibt es bei der BARNIMER BÜRGERPOST (Tel. 03334/356542 oder eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de) und in ausgewählten Eberswalder Buchläden.

Jürgen Gramzow: »Was macht das Rentier auf dem Friedhof?«, Presse- und Medienbüro Eberswalde, Eberswalde 2016, 112 Seiten, 7,50 €.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 25. Januar 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 22. Februar 2017.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)